



ANDENGEMEINSCHAFT

**REGIONALES STRATEGIEPAPIER
2007-2013**

12.04.2007 (E/2007/678)

INHALTSVERZEICHNIS

- 0. Zusammenfassung**
- 1. Ziele der Kooperation von EU/EG**
 - 1.1. Die Ziele des EG-Vertrags im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Drittländern
 - 1.2. Die gemeinsame Erklärung über die Entwicklungspolitik der EU: „Der Europäische Konsens“ (2005)
 - 1.3. „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika“, Mitteilung der Kommission (2005) und Erklärung von Wien (2006)
- 2. Überblick über die politische Agenda der Andengemeinschaft**
 - 2.1. Regionale Integration zwischen den Ländern der Andengemeinschaft
 - 2.2. Die internationale Agenda der Andengemeinschaft
- 3. Analyse der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Situation**
 - 3.1. Analyse der politischen Situation
 - 3.2. Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation
 - 3.3. Handelsstruktur
 - 3.4. Analyse der ökologischen Situation
 - 3.5. Drogenbekämpfung
 - 3.6. Querschnittsthemen
- 4. Überblick über die frühere und laufende Zusammenarbeit der EG, Koordinierung und Kohärenz**
 - 4.1. Frühere und laufende Zusammenarbeit
 - 4.1.1. Frühere Zusammenarbeit
 - 4.1.2. Laufende Zusammenarbeit
 - 4.2. Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber
 - 4.3. Komplementarität und Kohärenz zwischen verschiedenen Ebenen der EG-Programmierung
 - 4.4. Kohärenz mit der Politik der EU/EG
- 5. Aktionsstrategie der EG (Interventionssektoren)**
 - 5.1. Allgemeine Aktionsstrategie
 - 5.2. Tragweite der Kooperationsmaßnahmen im Rahmen des regionalen Strategiepapiers 2007-2013
 - 5.3. Schwerpunktsektoren für die Zusammenarbeit auf Ebene der Andengemeinschaft
 - 5.3.1. Regionale Wirtschaftsintegration
 - 5.3.2. Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt
 - 5.3.3. Drogenbekämpfung
 - 5.4. Mit der Strategie verbundene Risiken

6. Regionales Richtprogramm

- 6.1. Regionale Wirtschaftsintegration
 - 6.1.1. Allgemeines Ziel
 - 6.1.2. Spezifisches Ziel
 - 6.1.3. Erwartete Ergebnisse
 - 6.1.4. Programme zur Erreichung dieser Ziele und Art der zu gewährenden Unterstützung
 - 6.1.5. Einbeziehung von Querschnittsthemen
 - 6.1.6. Finanzrahmen
 - 6.1.7. Maßnahmen im Rahmen anderer Haushaltinstrumente der EG für die Region
- 6.2. Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt
 - 6.2.1. Allgemeines Ziel
 - 6.2.2. Spezifisches Ziel
 - 6.2.3. Erwartete Ergebnisse
 - 6.2.4. Programme zur Erreichung dieser Ziele und Art der zu gewährenden Unterstützung
 - 6.2.5. Einbeziehung von Querschnittsthemen
 - 6.2.6. Finanzrahmen
 - 6.2.7. Maßnahmen im Rahmen anderer Haushaltinstrumente der EG für die Region
- 6.3. Drogenbekämpfung
 - 6.3.1. Allgemeines Ziel
 - 6.3.2. Spezifisches Ziel
 - 6.3.3. Erwartete Ergebnisse
 - 6.3.4. Programme zur Erreichung dieser Ziele und Art der zu gewährenden Unterstützung
 - 6.3.5. Einbeziehung von Querschnittsthemen
 - 6.3.6. Finanzrahmen
 - 6.3.7. Maßnahmen im Rahmen anderer Haushaltinstrumente der EG für die Region
- 6.4. Zeitplan für die Durchführung

ANHÄNGE:

- Anhang 1: *Die Andengemeinschaft auf einen Blick*
Anhang 2: *Das Andenintegrationssystem*
Anhang 3: *Datenprofil der Andengemeinschaft*
Anhang 4: *Überblick CAN-Zusammenarbeit*
Anhang 5: *Regionales Umweltprofil*

Abkürzungen¹

AIS	Andenintegrationssystem (umfasst sämtliche regionalen Andeninstitutionen)
ALADI	Lateinamerikanische Integrationsvereinigung (Mitgliedstaaten des Mercosur und des Andenpakts + Mexiko, Chile und Kuba)
ALA-Verordnung	Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern
ALBAN	Programm für Hochschulstipendien in Lateinamerika
ALFA	Hochschulkopoperationsprogramm EU-Lateinamerika
ALINVEST	Investitionsprogramm Lateinamerika zur Förderung der Beziehungen zwischen KMU
@LIS	Programm zur Förderung der Informationsgesellschaft in Lateinamerika
ATPDEA	Präferenzielle Handelsregelungen der USA für Andenländer
CAF	Andenentwicklungsgesellschaft
CALIDAD	Regionales Andenprojekt zu Qualitätsstandards
CAAM	Andenausschuss der Umweltbehörden
CAN	Andengemeinschaft (<i>Comunidad Andina de Naciones</i>): Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru + AIS
GAZ	Gemeinsamer Außenzolltarif
COMPETENCIA	Regionales Andenprojekt zu Wettbewerb
CSN	Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen
LSP	Länderstrategiepapier
DAC	Entwicklungshilfeausschuss der OECD (Development Assistance Committee)
DIPECHO	ECHO-Programm zur Vorbereitung auf Katastrophen
EG	Europäische Gemeinschaft
ECHO	Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaft
ECLA	Wirtschaftskommission für Lateinamerika
ABI.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EU	Europäische Union
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
FED	Zentralbank der Vereinigten Staaten
FTAA	Gesamtamerikanische Freihandelszone
G3	Venezuela, Kolumbien und Mexiko
BIP	Bruttoinlandsprodukt
GRANADUA	Regionales Andenprojekt für die Zusammenarbeit im Zollwesen
APS	Allgemeines Präferenzsystem
GTZ	Deutsche Entwicklungsgesellschaft
HDI	UNDP-Index für menschliche Entwicklung
IADB	Interamerikanische Entwicklungsbank
IIRSA	Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur in Südamerika
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IWF	Internationaler Währungsfonds
LAC	Lateinamerika und Karibik
MDG	Millenniumsentwicklungsziele
Mercosur	Gemeinsamer Markt des Südens: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela
MFN	Meistbegünstigter Staat
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen: Kanada, Mexiko und Vereinigte Staaten
NRP	Nationales Richtprogramm
NGO	Nichtregierungsorganisation

¹ Es handelt sich um gängige Abkürzungen, die nicht unbedingt auf den deutschen Bezeichnungen basieren.

OAS	Organisation amerikanischer Staaten
OTCA	Organisation der Amazonas-Anrainerstaaten
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PIDS	Integrierter Plan für die soziale Entwicklung (Plan Integrado de Desarrollo Social)
RRP	Regionales Richtprogramm
RSP	Regionales Strategiepapier
W&T	Wissenschaft und Technologie
SGCAN	Generalsekretariat der Andengemeinschaft
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
WB	Weltbank
WZO	Weltzollorganisation
WTO	Welthandelsorganisation

0. ZUSAMMENFASSUNG

Diese Strategie für die Andengemeinschaft (Comunidad Andina de Naciones – CAN) soll Informationen über das Integrationssystem der Andengemeinschaft, seine Entwicklung und seine Zukunftsperspektiven verschaffen. Außerdem werden die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit der EU geschildert und ein Überblick über frühere und laufende Kooperationsmaßnahmen auf subregionaler Ebene der Andengemeinschaft geboten werden, wobei versucht wird, diese im globaleren Kontext der Komplementarität mit anderen Finanzierungsquellen (darunter andere Geber) und der Kohärenz mit den EU-Politiken darzustellen. Die Strategie zielt darauf ab, die wichtigsten Herausforderungen zu ermitteln, mit denen die Andengemeinschaft konfrontiert ist, und ein umfassendes Konzept für ihre Bewältigung zu liefern, das sich nicht nur auf Kooperationsmaßnahmen beschränkt.

Das regionale Andenintegrationssystem ist eines der ältesten auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Trotz der beträchtlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft, die zuweilen zu ernstlichen Schwierigkeiten führten, vertieft sich die Integration, und ihr Geltungsbereich wird von rein wirtschaftlichen und kommerziellen Angelegenheiten auf eine große Vielfalt von Sektoren ausgedehnt, wie zum Beispiel den sozialen Zusammenhalt, die Arbeitsplatzschaffung, den Kampf gegen Drogen und den Umweltschutz.

Die Strategie nennt die Integration als solche als wichtigstes Ziel bzw. als wichtigste Herausforderung für die Andengemeinschaft. Die Zusammenarbeit zwischen den CAN-Ländern in zahlreichen Sektoren wird aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Stärkung des Integrationssystems und damit der politischen Stabilität, des Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen Entwicklung in der Region nachdrücklich gefördert. Im Laufe der Jahre hat die Zusammenarbeit der EG mit der Andengemeinschaft, die ihre Kooperation mit den einzelnen Mitgliedsländern ergänzt, ihren Mehrwert bewiesen.

Für die Kooperationsmaßnahmen auf subregionaler Ebene wurden drei Schwerpunktsektoren ausgewählt: Unterstützung der Andengemeinschaft bei der Stärkung ihrer wirtschaftlichen Integration und dadurch ihrer Stellung in der Weltwirtschaft; Unterstützung von Initiativen zur Verbesserung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts in der Andengemeinschaft und Unterstützung der Andenländer bei ihrem schwierigen Kampf gegen Drogen im Einklang mit dem Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung, auf den sich die Beziehungen EU-Andengemeinschaft auf diesem Gebiet stützen.

Die Strategie deckt den Zeitraum 2007-2013 ab. 2010 sollen die für die Zusammenarbeit benannten Schwerpunktsektoren überprüft werden.

Für den Zeitraum 2007-2013 wurde eine indikative Mittelzuweisung von 50 Mio. EUR für die Andengemeinschaft aus dem Finanzierungsinstrument für Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen. Diese Mittel können durch bilateral gewährte Finanzierungen von Projekten und Programmen zugunsten einzelner CAN-Länder sowie

durch Mittel aus dem Regionalprogramm Lateinamerika und aus thematischen Programmen ergänzt werden.

1. ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT DER EU/EG

1. 1. Die Ziele des EG-Vertrags im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Drittländern

Gemäß Artikel 177 EG-Vertrag fördert die Gemeinschaft durch ihre Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, die harmonische schrittweise Eingliederung dieser in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut. Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.

Auf der Grundlage von Artikel 179 EG-Vertrag wurde im Dezember 2006 ein neues Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit geschaffen. Die Andengemeinschaft kommt für die Teilnahme an Kooperationsprogrammen, die mit dem neuen Instrument [Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit] finanziert werden, in Betracht.

1.2. Die gemeinsame Erklärung über die Entwicklungspolitik der EU: „Der Europäische Konsens“ (2005)

Die Erklärung der EU „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“, die am 22. November 2005 vom Europäischen Parlament, vom Ministerrat, von den Mitgliedstaaten und von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde, steckt den Rahmen für die neue Strategie für den Zeitraum Jahre 2007–2013 ab. Darin wird hervorgehoben, dass das erste und übergeordnete Ziel der Entwicklungszusammenarbeit der EU die Ausmerzung der Armut im Kontext der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Verfolgung der Millenniumsentwicklungsziele, ist. Besondere Bedeutung wird auch der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern im Verein mit der Unterstützung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten beigemessen, um eine gerechte und ausgewogene Globalisierung zu erreichen. Die Erklärung sieht dafür einen an den jeweiligen Kontext und die Bedarfslage angepassten Ansatz und einen gemeinsamen thematischen Rahmen vor, der einige Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit der EU – die Förderung von sozialem Zusammenhalt und Beschäftigung sowie von Handel und regionaler Integration – umfasst.

Ein Kapitel der Erklärung befasst sich mit der Einbeziehung bestimmter Anliegen als Querschnittsthemen in die Politik. Dazu gehören insbesondere die Förderung der Menschenrechte, Gleichstellungsfragen, die Stärkung der Demokratie, eine

verantwortungsvolle Staatsführung, die Rechte des Kindes, die Rechte indigener Völker, Konfliktverhütung, eine zukunftsfähige Umweltpolitik und der Kampf gegen HIV/AIDS. Diese Querschnittsthemen sind sowohl Entwicklungsziele an sich als auch wesentliche Faktoren einer wirksamen und zukunftsfähigen Entwicklungszusammenarbeit.

1.3. „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika“, Mitteilung der Kommission (2005) und Erklärung von Wien (2006)

Im Dezember 2005 nahm die Europäische Kommission eine Mitteilung über eine erneuerte Strategie für die Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika an. Mit Blick auf das vierte Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik, das im Mai 2006 in Wien stattfand, untersuchte die Kommission darin die gegenwärtigen Herausforderungen und gab Empfehlungen zur Neubelebung der Partnerschaft ab. Ihre Vorschläge beinhalteten die Intensivierung des politischen Dialogs zwischen den beiden Regionen, die Belebung des Wirtschafts- und Handelsverkehrs, die Förderung der regionalen Integration, die Bekämpfung von Ungleichheiten und die bessere Abstimmung der Entwicklungs- und Hilfepolitik der EU auf die tatsächlichen Gegebenheiten in Lateinamerika. Die Erklärung von Wien, die am 12. Mai 2006 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik angenommen wurde, bekräftigt die Verpflichtung zur Ausweitung und Vertiefung der Zusammenarbeit EU-Lateinamerika/Karibik in allen Bereichen im Geiste gegenseitiger Achtung, Gleichheit und Solidarität.

2. ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE AGENDA DER ANDENGEMEINSCHAFT

Nachdem Venezuela nun nicht mehr zur Andengemeinschaft gehört, umfasst sie heute vier Länder der Andenregion: Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru. Diese regionale Organisation zählt zu den ältesten in Lateinamerika und basiert auf dem Abkommen von Cartagena von 1969, mit dem der „Andenpakt“ gegründet wurde. Ursprünglich war Chile Mitglied dieses Paktes, trat jedoch 1976 wieder aus. Venezuela wurde 1973 Mitglied, trat im April 2006 aber ebenfalls wieder aus. Die derzeitige Form der Andengemeinschaft mit ihren gemeinsamen Organen, das „Andenintegrationssystem“ (AIS, siehe Anhang 2), geht auf das Protokoll von Trujillo aus dem Jahr 1996 zurück.

2.1. Regionale Integration zwischen den Ländern der Andengemeinschaft

Hinter dem Abkommen von Cartagena standen hauptsächlich wirtschaftliche Überlegungen und das Streben nach mehr Wirtschaftswachstum durch die Schaffung eines größeren Marktes. Die ersten von den Ministern des Andenpakts getroffenen Entscheidungen konzentrierten sich daher fast ausschließlich auf wirtschaftliche Angelegenheiten. Nachdem die Integration zunächst langsam voranschritt, erhielt sie in den 1990-er Jahren starken Auftrieb, wobei der Handel innerhalb der CAN erheblich zunahm, was teilweise auf die Errichtung einer Freihandelszone zwischen vier der fünf Andenländer (mit Ausnahme von Peru), aber auch auf die gemeinsamen Regeln

zurückzuführen war, die in verschiedenen Sektoren und Bereichen wie Landwirtschaft, geistiges Eigentum, Investitionen, Wettbewerb und Handelsschutzinstrumente angenommen wurden.

Außerdem stellte das Inkrafttreten des Protokolls von Trujillo im Jahr 1997 eine wichtige Etappe für die Andenintegration dar, da hiermit der „Andenpakt“ in die „Andengemeinschaft“ umgewandelt, das Andenintegrationssystem mit neuen regionalen Organen eingeführt und schließlich der Weg für eine Ausdehnung der Andenintegrations-Agenda auf Angelegenheiten geebnet wurde, die über reine Handelsfragen hinausgehen. Dies führte unter anderem zu dem Beschluss, die Mitglieder des Andenparlaments direkt zu wählen, und zu Erleichterungen für den freien Personenverkehr (z. B. die Einführung des Andenpasses und die Möglichkeit, für Reisen in der Region nationale Ausweispapiere zu verwenden).

All dies führte zu einem sehr ehrgeizigen Integrationsvorhaben, das in gewissem Maß den europäischen Bestrebungen entspricht. Die politische Richtschnur wird vom Andenpräsidentenrat vorgegeben, der ein- oder zweimal jährlich zusammentritt. Rechtsvorschriften werden vom Andengeneralsekretariat in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten vorgeschlagen (es gilt ein gemeinsames Initiativrecht, doch in der Praxis legt das Generalsekretariat die Vorschläge vor, nachdem es sich mit den Mitgliedsländern abgesprochen hat) und vom Andenministerrat verabschiedet, der je nach Angelegenheit in unterschiedlicher Besetzung zusammentritt. Das Generalsekretariat kann auch „Entschlüsse“ in Bereichen verabschieden, die in seine Zuständigkeit fallen, oder wenn dies vom Andenministerrat an das Sekretariat delegiert wird. Das Andenparlament hat eine beratende Rolle; dasselbe gilt für zwei Ausschüsse, von denen einer die Arbeitgeber und der andere die Arbeitnehmerverbände vertritt (diese beiden Ausschüsse treten regelmäßig zusammen). Die CAN-Rechtsvorschriften sind direkt anwendbar (ohne dass eine Umsetzung in das Recht der Mitgliedsländer erforderlich ist) und haben Vorrang vor dem (bereits geltenden oder später erlassenen) nationalen Recht. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens von Cartagena im Jahre 1969 hat die Andengemeinschaft mehr als 600 Beschlüsse angenommen. Die Kontrolle der tatsächlichen Anwendung der Rechtsvorschriften wird vom Generalsekretariat und vom Andengerichtshof ausgeübt. Der Gerichtshof kann nicht nur Urteile über die Nichtbefolgung von Vorschriften erlassen, sondern die Länder auch anweisen, Rechtsvorschriften zu erlassen oder Regeln zu ändern, die nicht mit dem „Besitzstand“ der Andengemeinschaft vereinbar sind. Darüber hinaus kann er vorgerichtliche Fragen beantworten und Sanktionen gegen Länder genehmigen, die sich Gerichtsentscheidungen hartnäckig widersetzen. Einzelpersonen können Beschwerden sowohl beim Andengeneralsekretariat als auch direkt beim Gerichtshof einreichen.

In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends waren die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Andenländern der Vertiefung der Andenintegration wenig förderlich. Alle Länder waren mit politischen und/oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, der regionalen Agenda Vorrang einzuräumen. So kam es zum einem Rückgang des Handels innerhalb der Andengemeinschaft, zu Schwierigkeiten bei der Festlegung eines gemeinsamen

Außenzolltarifs, zu immer mehr Verstößen gegen die CAN-Vorschriften und zu einer Vervielfachung handelspolitischer Schutzmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer Spaltung zwischen den Ländern, nach deren Ansicht die Andenintegration sich auf wirtschaftliche und handelsbezogene Angelegenheiten konzentrieren sollte, und den Ländern, die politischen und sozialen Themen mehr und mehr Bedeutung beimessen.

Ein frischer Integrationsimpuls ergab sich aus der Annahme einer „mehrdimensionalen Integrationsagenda“ im Juni 2003 auf dem Präsidentengipfel in Quirama. In demselben Jahr wurden wichtige Entscheidungen mit Blick auf die Harmonisierung des gemeinsamen Außenzolltarifs getroffen. Als jedoch das Datum des Inkrafttretens dieses Zolltarifs (1. Januar 2004) näher rückte, brachten Wirtschaftsbeteiligte zunächst aus Peru und bald auch aus anderen Andenländern ihren Widerstand zum Ausdruck, so dass das Inkrafttreten aufgeschoben wurde. Ungeachtet dessen wurde die Integrationsagenda weiter ausgedehnt, das Wirtschaftswachstum setzte wieder ein und der Handel innerhalb der CAN nahm zu. Der Amtsantritt eines neuen Generalsekretärs lieferte den Impuls für die Annahme eines „Neuen strategischen Entwurfs“, der unter anderem zur Verabschiedung eines „Integrierten Plans für die soziale Entwicklung“ im September 2004 sowie von gemeinsamen Rechtsvorschriften über chemische Ausgangsstoffe und einer Strategie für nachhaltige integrierte alternative Entwicklung führte. Auf dem Präsidentengipfel der Andengemeinschaft in Lima im Juli 2005 wurde diese neue Ausrichtung des Andenintegrationsprozesses durch die Annahme der Erklärung von Lima zu Demokratie, Entwicklung und sozialem Zusammenhalt sowie einer Reihe neuer Initiativen auf verschiedenen Gebieten bestätigt.

Die kritischste Herausforderung für das Andenintegrationssystem fiel in das Jahr 2006, als Venezuela beschloss, aus der Andengemeinschaft auszutreten, weil einige ihrer Mitgliedsländer im Begriff waren, Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten auszuhandeln und/oder zu schließen. Die dadurch ausgelöste schwere Krise wurde erst Mitte Juni 2006 überwunden, als die Präsidenten der vier anderen Länder ihr Engagement für die Andengemeinschaft und den regionalen Integrationsprozess auf einem Sondergipfel in Quito erneuerten. Diese erneuerte Vertrauen zum regionalen Integrationssystem der Andengemeinschaft und dessen neue Attraktivität wurden dann dadurch veranschaulicht, dass Chile sein Interesse bekundete, der Andengemeinschaft als assoziiertes Mitglied beizutreten.

2.2. Die internationale Agenda der Andengemeinschaft

Die Außenbeziehungen der Andengemeinschaft haben sich in den letzten Jahren vervielfacht. Zunächst erklärten die Staats- und Regierungschefs der EU und der Andengemeinschaft auf dem Gipfel von Guadalajara im Mai 2004, ihr „gemeinsames strategisches Ziel“ sei der Abschluss eines Assoziationsabkommens, einschließlich einer Freihandelszone zwischen beiden Regionen. Im Zuge der Vorarbeiten wurde 2005/2006 eine gemeinsame Bewertung der wirtschaftlichen Integration der Region erfolgreich abgeschlossen. Die Verhandlungen sollen 2007 aufgenommen werden. Dieser Prozess dürfte der regionalen Integration weitere Impulse geben.

Als zweiten Schritt nahmen die Andenländer (Kolumbien, Peru und Ecuador sowie Bolivien mit Beobachterstatus) im Mai 2004 Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über den Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen auf (weil davon ausgegangen wurde, dass die präferenzielle ATPDEA-Handelsregelung mit den USA Ende 2006 auslief). In diesem Kontext wurde auf dem Präsidentengipfel der Andengemeinschaft im Juli 2004 der CAN-Beschluss 598 angenommen. Er ermöglicht, dass einzelne CAN-Länder bilateral mit Drittländern verhandeln können, hebt jedoch auch hervor, dass der Besitzstand der Andengemeinschaft Vorrang hat und dass die in derartigen Verhandlungen vereinbarten Vergünstigungen so weit wie möglich auf andere CAN-Mitgliedsländer ausgedehnt werden sollten, die nicht unmittelbar an diesen Verhandlungen teilnehmen. Gegenwärtig haben Peru und Kolumbien erfolgreich Abkommen mit den USA geschlossen. Die Verhandlungen Ecuadors wurden ausgesetzt und Bolivien hat noch keine echten Verhandlungen aufgenommen. Dieser Prozess veranlasste Venezuela dazu, im April 2006 aus der Andengemeinschaft auszutreten.

Ferner sind auch die Mitgliedsländer der Andengemeinschaft und die Mercosur-Länder durch den Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen den beiden Regionen, das im April 2005 in Kraft trat, näher zusammengerückt. Die Unterzeichnung der Erklärung von Cuzco im Dezember 2004, mit der die Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen gegründet wurde, der die Andengemeinschaft, der Mercosur sowie Chile, Guyana und Surinam angehören, zeigt ebenfalls, dass neue Anstrengungen unternommen werden, um die Integration auf dem südamerikanischen Kontinent zu verstärken. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass Venezuela dem Mercosur beitrat, nachdem es die Andengemeinschaft verlassen hatte, und dass es von Chile und Mexiko heißt, sie prüften die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit der Andengemeinschaft.

3. ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN SITUATION

3.1 Analyse der politischen Situation

Seit ihrer Gründung im Jahr 1969 hat die Andengemeinschaft wiederholt unruhige Momente erlebt. 2006 geriet das regionale Integrationssystem jedoch in eine seiner schwersten Krisen, deren Auslöser die Verhandlungen gewesen sein dürften, die einige CAN-Länder zwecks Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen mit den USA aufgenommen hatten. Als der Abschluss dieser Verhandlungen näher rückte, nahmen die Spannungen zu und brachten tiefgreifende politische Meinungsverschiedenheiten zutage mit einer offensichtlichen und sich ausweitenden ideologischen Kluft zwischen den fünf CAN-Ländern. Dies veranlasste Venezuela zu der Bekanntgabe seines Beschlusses, die Andengemeinschaft zu verlassen, und dieser Beschluss löste wiederum Spekulationen darüber aus, ob Bolivien möglicherweise dem Beispiel von Venezuela folgen würde bzw. ob die Andengemeinschaft nicht sogar ganz aufgelöst würde. Dies geschah letzten Endes aber nicht, und auf einem erfolgreichen Sondergipfel, zu dem die Präsidenten im Juni 2006 in Quito zusammenkamen, konnte die CAN dadurch gerettet werden, dass die

verbleibenden CAN-Länder ihr Engagement für die Vertiefung des Integrationsprozesses erneuerten.

Auf nationaler Ebene ist die Situation in allen Mitgliedsländern trotz vieler schrittweiser Reformen und demokratischer Prozesse weiterhin instabil, und die internen Probleme haben in den letzten Jahren nicht abgenommen. Dies ist größtenteils auf die anhaltende Armut in der Region zurückzuführen. Die politischen Parteien erfüllen nicht die Erwartungen der Bürger, und auch ein gleichberechtigter und wirksamer gesetzlicher Schutz sowie angemessene Finanzmittel für Sozialdienste sind weiterhin nicht uneingeschränkt gegeben.

2005/2006 standen mit den Wahlen in allen CAN-Ländern politische Veränderungen auf der Agenda. Deshalb wird sich die politische Lage in der Andengemeinschaft bis zum Anfang des neuen Programmierungszeitraums im Jahr 2007 gegenüber der Situation im Jahr 2005 deutlich geändert haben.

3.2 Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation

Die Harmonisierung der makroökonomischen Politiken innerhalb der Andengemeinschaft wurde in der zweiten Hälfte der 1990-er Jahre eingeleitet. Die Länder verabschiedeten 1999 ein Konvergenzkriterium für die Inflation, das eine schrittweise Erreichung einstelliger jährlicher Inflationsraten vorsah, und einigten sich dann 2001 auf zwei Kriterien für das Defizit des öffentlichen Sektors (Defizit des öffentlichen Nichtfinanzsektors von höchstens 3 % des BIP) und die Staatsverschuldung (Saldo der in- und ausländischen Staatsverschuldung von höchstens 50 % des BIP). Diese Kriterien wurden nicht vollständig erfüllt.

Nach einer Zeit wirtschaftlicher Krisen und des Konjunkturrückgangs ab Ende der 1990-er Jahre erholten sich die Volkswirtschaften der Andengemeinschaftsländer im Jahr 2004, wobei sie nicht nur ein Wachstum des BIP verzeichneten, sondern auch Fortschritte bei fast allen wichtigen Wirtschaftsindikatoren wie Investitionen, inländisches Sparaufkommen, Beschäftigung, Handelsbilanz, Inflation, Auslandsverschuldung, Risikomargen usw. (Zahlen siehe Anhang 3). Diese positive Entwicklung lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen wie Vergünstigungen im Rahmen von Handelsabkommen und Strategien zum Schutz der makroökonomischen Stabilität.

Obwohl die Mitgliedsländer der Andengemeinschaft in den 1990-er Jahren wirtschaftlich stabiler waren und die mittelfristigen Aussichten günstig sind, ist die Region externen und internen Risiken ausgesetzt. Die externen Faktoren ändern sich ständig. Beispielsweise könnte der Zyklus der Zinserhöhungen, den die Zentralbank der Vereinigten Staaten im Jahre 2005 eingeleitet hat, die öffentlichen Finanzen beeinflussen. Dasselbe gilt für die Erhöhung des internationalen Erdölpreises. Darüber hinaus hat die soziale und politische Instabilität in der Region die ausländischen Direktinvestitionen in den Ländern der Andengemeinschaft beeinträchtigt. Ein Rückgang wurde vor allem in Bolivien, aber auch in Ecuador und Peru verzeichnet.

In sozialer Hinsicht herrscht in der Andengemeinschaft nach wie vor eine sehr ausgeprägte Ungleichheit bei der Einkommensverteilung: ihr Index der Einkommenskonzentration ist einer der höchsten in Lateinamerika. Nahezu die Hälfte der Andenbevölkerung lebt in Armut; davon ist fast ein Viertel indigener Herkunft. Umweltprobleme verschärfen diesen Mangel an sozialem Zusammenhalt noch, da die Existenzgrundlage der ärmsten ländlichen und indigenen Bevölkerungsgruppen häufig von natürlichen Ressourcen abhängt. Die Sozialschutzdienste für die ärmsten und schwächsten Teile der Bevölkerung sind unzulänglich, ineffizient und nicht abgesichert. Die Qualität der Bildung ist für die Mehrheit der Armen sehr niedrig. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind in allen Ländern der Region hoch, und die Arbeitsplatzunsicherheit nimmt weiter zu. Die Ungleichheiten sind strukturell bedingt und bestehen nicht nur zwischen Bevölkerungsgruppen, sondern sehr ausgeprägt auch von Region zu Region. Die Tatsache, dass in der Hälfte der Andenregionen das Durchschnittseinkommen nicht erzielt wird, erschwert die Umverteilungsstrategien erheblich.

Auch wenn sich die Andengemeinschaft in der Vergangenheit größtenteils auf die wirtschaftliche Integration zwischen ihren Mitgliedsländern konzentriert hat, wurden nach und nach auch soziale Fragen in ihre Agenda aufgenommen. Eine der Prioritäten des „Neuen strategischen Entwurfs“, mit dessen Umsetzung die CAN 2004 begann, ist die „Entwicklung mit sozialer Eingliederung“ zwecks größerem sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung dieser sozialen Agenda war die Annahme des „Integrierten Plans für die soziale Entwicklung“ (PIDS) im September 2004. Dieser Plan zielt darauf ab, ein auf der Koordinierung und Beteiligung aller betroffenen Behörden basierendes regionales Arbeitsprogramm für sozialen Zusammenhalt aufzustellen, um die Bemühungen der einzelnen Mitgliedsländer um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu unterstützen. Er stellt zwar noch kein strategisches Gesamtkonzept für den sozialen Zusammenhalt dar, weist jedoch das Potenzial für die künftige Entwicklung einer solchen Strategie auf. Die Aufstellung dieses Plans verkörpert das erste starke politische Engagement zur Verbesserung der Governanz und Förderung eines umfassenden Konzepts für den sozialen Zusammenhalt auf der regionalen Ebene der CAN. Der Plan sieht eine Reihe von CAN-Programmen und Projekten in einer Vielzahl von Sektoren wie Beschäftigung, Gesundheit, Bildung und Kultur, Entwicklung des ländlichen Raums und Umwelt vor. Darüber hinaus fördert er eine schrittweise Konvergenz im Hinblick auf vereinbarte soziale Ziele und Vorgaben mit Blick auf die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele. Schließlich unterstützt er den Austausch von Informationen über Politik und methodische Aspekte, Sensibilisierungsmaßnahmen und kurzfristige technische Beratungsleistungen.

3.3 Handelsstruktur

Der Binnenmarkt der Andengemeinschaft ist durch einen recht bescheidenen, aber wachsenden Handelsverkehr gekennzeichnet. Kolumbien ist das Land mit den meisten Ausfuhren auf den Andenmarkt. Zahlen sind Anhang 3 zu entnehmen.

Schwerpunkt der Binnenmarktagenda ist die Vollendung des gemeinsamen Andenmarktes. Im Zusammenhang mit dieser Zielsetzung ist die Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs keine Priorität mehr für die Andengemeinschaft, weil ihrer Ansicht nach ein solcher Tarif angesichts der Globalisierung nicht mehr so relevant ist. Stattdessen strebt die Andengemeinschaft eine gemeinsame Zolltarifpolitik an, die eine „flexible Festlegung“ der Außenzölle und keine weiteren Erhöhungen der nationalen Zölle vorsieht, während gleichzeitig Mechanismen eingeführt werden, die Verhandlungen mit Drittländern und -regionen erleichtern.

Peru öffnete seinen Markt ab 1. Januar 2006 für die anderen Mitgliedsländer. Die übrigen Mitgliedsländer hatten bereits Mitte der 1990-er Jahre fast alle Zölle auf Waren abgeschafft, die innerhalb der Andengemeinschaft gehandelt werden (einschließlich der Ausfuhren aus Peru).

Die Vollendung des Andenbinnenmarkts umfasst auch die Gewährleistung der Freizügigkeit, die Annahme gemeinsamer Bestimmungen und die Harmonisierung geltender Rechtsvorschriften über technische Vorschriften und Normen, Dienstleistungsfreiheit, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, Rechte an geistigem Eigentum usw. Die von EU und CAN gemeinsam vorgenommene Bewertung zielte darauf ab, den Stand der bisher in all diesen Bereichen erzielten regionalen Wirtschaftsintegration festzustellen.

Die CAN hatte 2004 einen erheblichen Anstieg der Ausfuhren zu verzeichnen (+35 %). Dieser Trend hielt auch 2005 an. An erster Stelle der Ausfuhren stehen Rohstoffe, beim Warenverkehr innerhalb der CAN sind dies jedoch Verarbeitungserzeugnisse mit höherem Mehrwert.

Die CAN ist ein relativ wichtiger Handelspartner der EU (vor dem Austritt Venezuelas stand sie an 29. Stelle), und auf die Einführen und Ausfuhren entfallen rund 0,5 % des Welthandels der EU. Die USA sind der wichtigste Handelspartner für die CAN, gefolgt von der EU. Was ausländische Direktinvestitionen angeht, so hält die EU das größte Investmentportefeuille in den CAN-Ländern.

Die Andengemeinschaft praktiziert eine Art „offener“ Integration mit dem Gedanken, dass die Konvergenz zwischen den Mitgliedsländern kein Hindernis für Verhandlungen zwischen der CAN – oder jedem einzelnen Mitgliedsland – und Drittländern oder -regionen darstellen sollte. Deshalb verfügt jedes Mitgliedsland über unterschiedliche Handelsabkommen mit Drittländern oder –regionen. So ist beispielsweise der Mercosur Absatzmarkt für 42 % der bolivianischen Ausfuhren, während Peru intensiv mit Asien Handel treibt, und Kolumbien enge Beziehungen zu Mexiko und einigen zentralamerikanischen Ländern pflegt.

3.4 Die Umweltsituation²

Den fünf Mitgliedsländern der Andengemeinschaft sind einige bedeutende geografische Merkmale gemein (Andenkordilleren und Amazonas-Becken), sie sind aber auch von einer bedeutenden ökologischen Vielfalt geprägt, wobei in dieser Region alle erdenklichen Umweltfragen und -probleme relevant sind. Was die natürlichen Ressourcen angeht, so wird rascher und schwerer Raubbau an Wäldern und Artenvielfalt getrieben, was hauptsächlich auf die Erweiterung landwirtschaftlicher Nutzflächen, ungeeignete forstwirtschaftliche Methoden und illegalen Holzeinschlag zurückzuführen ist. Die Andenregion ist eine der durch Naturkatastrophen und die Auswirkungen des Klimawandels gefährdetsten Regionen und benötigt Unterstützung bei ihren Abhilfe- und Anpassungsbemühungen. Der große demografische Druck, ungeeignete landwirtschaftliche Methoden und der Anbau auf ungeeigneten Flächen (z. B. auf Steilhängen) führen zu Erosion sowie zu Boden- und Wasserverschmutzung. Süßwasserressourcen sind vorhanden, aber ungleich verteilt, und der Zugang zu sauberem Trinkwasser und adäquater Abwasserentsorgung ist nach wie vor begrenzt. Große wie kleine Industrien fügen der Umwelt auf verschiedene Arten schwere Schäden zu (Entwaldung und Kontaminierung). Die Umweltqualität in städtischen Gebieten, vor allem in den Millionenstädten (wie Lima mit seinen 8 Millionen Einwohnern), ist schlecht. Die Luftverschmutzung ist hoch.

Die geringe Bildungsqualität und die hartnäckigen Staatsführungsprobleme in den Andenländern stehen dem Erfolg der Umweltpolitik im Wege. Alle Länder haben Dezentralisierungsprozesse eingeleitet, doch die Regierungen sind immer noch stark zentralisiert, was ebenfalls ein Hindernis für eine wirksame und effiziente Umweltpolitik darstellen kann. Dies wird durch die Schwierigkeiten beim Schutz der vielen unterschiedlichen Naturschutzgebiete veranschaulicht. Eine der Gründe dafür ist die Schwäche der Institutionen, die eigentlich für den Schutz und die Überwachung zuständig sind. Die Zivilgesellschaft gewinnt an Bedeutung und nimmt größeren Einfluss auf Politik und Staatsführung, wenn auch nur schrittweise.

Auf regionaler Ebene bestand die erste gemeinsame Maßnahme der Mitgliedsländer der Andengemeinschaft in diesem Bereich 2001 in der Annahme von „Leitlinien für Umweltmanagement und nachhaltige Entwicklung in der Andengemeinschaft“. Im Jahre 2003 billigten die Umweltminister (bzw. entsprechende zuständige Vertreter) den „Andenplan für Folgemaßnahmen zum Johannesburger Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung“. In diesem Plan waren spezifische Maßnahmen festgelegt, die bis 2005 in drei prioritären Bereichen getroffen werden sollen: Klimawandel, biologische Vielfalt und Wasser und Abwasserentsorgung.

² Anfang 2005 wurde von externen Beratern ein regionales Umweltprofil für die Mitgliedsländer der Andengemeinschaft erstellt. Der Bericht kann auf der Website EUROPA auf den Seiten über die Andengemeinschaft abgerufen werden; eine Zusammenfassung findet sich in Anhang 4 dieses Dokuments.

Der vorgenannte, im September 2004 angenommene Integrierte Plan für die soziale Entwicklung erstreckt sich auch auf die Umwelt und die nachhaltige Entwicklung (ein Projektprofil „Wirtschaftliche Bewertung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt“ und ein „Programm für die nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen“).

Im November 2005 nahm der Rat der Minister für Umwelt und nachhaltige Entwicklung eine „Anden-Umweltagenda 2006-2010“ an. Diese Agenda räumt u.a. folgenden Themen besonderen Vorrang ein: Schutz genetischer Ressourcen und des traditionellen Wissensschatzes indigener Bevölkerungsgruppen; Einrichtung von Andeninstitutionen für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt; Ausarbeitung einer Andenstrategie zum Klimawandel und Ausarbeitung einer Strategie für das integrierte Wasserressourcenbewirtschaftung.

3.5. Drogenbekämpfung

Der gesamte (100 %) Koka-Anbau der Welt findet in den Anden statt, vor allem in Kolumbien, Peru und Bolivien (mit bedeutenden Spill-over-Effekten und der Erzeugung gewisser Mengen nun auch in Ecuador). Gemäß neuesten Berichten des UNODC ist die Produktion letztes Jahr um 3 % gestiegen; von den drei Ländern entfallen auf Kolumbien ungefähr 70 %, auf Peru 20 % und auf Bolivien 10 % der weltweiten Produktion, die für 2005 auf rund 910 Tonnen geschätzt wurde.

Die politische Instabilität, verbunden mit Armut, unzulänglicher Staatsführung und einer wachsenden Kokain-Nachfrage facht die Drogenherstellung und den Drogenhandel weiter an, die nach wie vor stark destabilisierend wirken.

Die internationale Gemeinschaft und namentlich die EU erkennen die „gemeinsame Verantwortung“ an, die sie auf diesem Gebiet tragen. Die EU und die Andengemeinschaft führen eine Reihe von Dialogen, um Meinungen auszutauschen und Maßnahmen zu koordinieren, sowohl auf multilateraler Ebene (im Rahmen der UNO) als auch auf der Ebene EU-Lateinamerika/Karibik (über den Mechanismus EU-Lateinamerika/Karibik zur Koordinierung und Kooperation im Drogenbereich) und der Ebene EU-Andengemeinschaft (durch den Hochrangigen Betäubungsmitteldialog und die Abkommen/Sitzungen zu Ausgangsstoffen). Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen die Länder der Andengemeinschaft auch durch zahlreiche Kooperationsmaßnahmen in ihrem Kampf gegen Drogen und Drogenhandel. Bisher lag der Hauptschwerpunkt der Kooperationsmaßnahmen der EG auf nationaler Ebene auf umfassenden alternativen Entwicklungsprojekten.

Es setzt sich mehr und mehr das Bewusstsein durch, dass regionale Aktionen zur Ausräumung gemeinsamer Probleme im Drogenbereich ihren Mehrwert haben. So war eine erste Maßnahme zur Aufnahme der Drogenbekämpfung in die Andenagenda die Andenstrategie zur Bekämpfung von Drogen und damit verbundener Kriminalität, die im Jahr 2002 verabschiedet wurde. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der

Andengemeinschaft wurde auf dem Gebiet der chemischen Ausgangsstoffe weiter intensiviert, vor allem durch die Annahme gemeinsamer einschlägiger Rechtsvorschriften Ende 2004 und die Durchführung eines von der EG finanzierten subregionalen Projekts für die Zusammenarbeit in diesem Bereich (PRECAN). Die Einsetzung eines Andenausschusses für alternative Entwicklung mit Vertretern aller Mitgliedsländer (CADA), in dem Meinungen über Wege zur Förderung der alternativen Entwicklung ausgetauscht werden sollen, führte im Juli 2005 wiederum zur Annahme einer gemeinsamen Strategie für die nachhaltige alternative Entwicklung.

3.6. Querschnittsthemen

Eine analytische Beschreibung der Querschnittsthemen Menschenrechte und Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, Kultur, Migration, ökologische Nachhaltigkeit, verantwortungsvolle Staatsführung, Konfliktprävention, HIV/Aids-Bekämpfung, Kinderrechte und Rechte indigener Bevölkerungsgruppen sollte aufgrund der unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Ländern besser auf nationaler Ebene angesiedelt werden. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Andengemeinschaft in diesen Bereichen selbst immer aktiver wird und, wie in Abschnitt 2 erläutert, ihre Agenda zunehmend ausweitet, um derartige Themen zu berücksichtigen.

4. ÜBERBLICK ÜBER DIE FRÜHERE UND LAUFENDE ZUSAMMENARBEIT DER EG, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ

4.1. Frühere und laufende Zusammenarbeit

4.1.1. Frühere Zusammenarbeit

Die Europäische Gemeinschaft nahm ihre ersten subregionalen Kooperationsaktivitäten mit der Andengemeinschaft (bzw. damals dem „Andenpakt“) in den 1970-er Jahren auf. Die Gesamtbeträge waren zwar nicht sehr hoch, die Bedeutung lag aber in der politischen Signalwirkung der EG-Unterstützung für die Integrationsbemühungen in der Region. Die Kooperationsmaßnahmen konzentrierten sich hauptsächlich auf Folgendes:

- **Unterstützung für den Andenintegrationsprozess:** Die Mehrheit der Ressourcen floss in die technische Hilfe und den Institutionenaufbau. Begünstigte waren größtenteils die regionalen Andeninstitutionen, insbesondere das Generalsekretariat der Andengemeinschaft (ehemals „JUNAC“) und – in geringerem Umfang – die anderen Andeninstitutionen wie der Andengerichtshof, die „Andrés Bello“-Konvention, die CAF usw. Das allgemeine Ziel bestand darin, die Andeninstitutionen zu stärken und ihre Kapazitäten in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen auszubauen.
- **Unterstützung für spezifische sektorale Politiken:** Zu den in der Vergangenheit unterstützten Sektoren zählen beispielsweise die Umwelt, die Energie und die Fischerei. Darüber hinaus wurden einige binationale Initiativen unterstützt (Programm für den Titicaca-See zwischen Peru und Bolivien). Mit dieser Art der Unterstützung wurde ein doppeltes Ziel verfolgt: Gewährleistung des Transfers europäischen technischen Wissens auf spezifischen Gebieten und Förderung einer

Kooperationsdynamik zwischen den Ländern der Region, um den Integrationsprozess indirekt zu stimulieren.

4.1.2. Laufende Zusammenarbeit

Ab dem Jahr 2000 wurde das Konzept für die Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern in einen globaleren Kontext mehrjähriger Strategien platziert. Die Europäische Kommission nahm im Mai 2002 ihre erste regionale Strategie für die Andengemeinschaft an, die sich auf die fünf Jahre von 2002 bis 2006 erstreckte. Durch diese Strategie sollte in erster Linie die Andenintegration unterstützt und eine Zone des Friedens im Andenraum gefördert werden. Die Strategie war auf das Bündel der Instrumente abgestimmt, über die die EU verfügt, um ihre Unterstützung in diesen beiden Bereichen durchzuführen, nämlich den von ihr eingeführten politischen Dialog mit der Andengemeinschaft, das besondere Handelsregime für die Einfuhren von Waren aus den Andenländern auf den EU-Markt und ihre für die Region programmierten Kooperationsmaßnahmen.

Vergleichbare Strategien wurden auch auf Ebene der einzelnen Andenländer für die bilateralen Beziehungen zwischen diesen Ländern und der Europäischen Union sowie auf gesamtlateinamerikanischer Ebene ausgearbeitet. Die Europäische Kommission orientiert sich am Subsidiaritätsprinzip, um zu entscheiden, welche Kooperationsmaßnahmen auf welcher Ebene zu programmieren sind³.

Für den Kooperationsteil der regionalen Strategie für die Andengemeinschaft 2002-2006 war ein Finanzrahmen von etwa 29 Millionen EUR vorgesehen. Nach der Überprüfung im Jahre 2004 ergaben sich folgende Projekte im Rahmen dieser Strategie:

- **Katastrophenschutz:** Dieses Projekt zielt darauf ab, die Koordinierung und den Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen nationalen Institutionen und Organisationen zu fördern, die für den Katastrophenschutz zuständig sind (EG-Beitrag 9,45 Mio. EUR)
- **Statistik:** Dieses Projekt unterstützt die Harmonisierung der statistischen Methodiken der Länder der Andengemeinschaft, um den Integrationsprozess zu erleichtern (EG-Beitrag 5 Mio. EUR)
- **Handelsbezogene technische Hilfe:** Drei Projekte zielen darauf ab, den regionalen wirtschaftlichen Integrationsprozess, d. h. die Errichtung eines gemeinsamen Andenmarktes, zu konsolidieren und zu stärken (EG-Beitrag insgesamt 8 Mio. EUR).
- **Zivilgesellschaft:** Dieses Projekt soll zu einer besseren Beteiligung der Zivilgesellschaft am regionalen Integrationsprozess der Andengemeinschaft beitragen (EG-Beitrag 4,1 Mio. EUR)
- **Synthetische Drogen:** Dieses Projekt zielt darauf ab, das potenziell rasch wachsende Problem der synthetischen Drogen frühzeitig anzugehen (EG-Beitrag 2,55 Mio. EUR).

³ Das Subsidiaritätsprinzip regelt die Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen der Regierung/Verwaltung; nur die Kompetenzen, die auf niedrigerer Ebene nicht wirksam ausgeübt werden können, sollten auf eine höhere Ebene übertragen werden.

Drei weitere regionale Projekte, die streng genommen nicht unter diese regionale Strategie fallen, weil sie vorher programmiert wurden, sollten ebenfalls genannt werden: ein Projekt der Zusammenarbeit im Zollwesen („*Granadua*“, EG: 1,9 Mio. EUR, 2003 abgeschlossen), ein Projekt zur Verbesserung der Qualitätsinfrastruktur für die Herstellung von Waren, das gemeinsame Normen und technische Vorschriften umfasst („*Calidad*“, EG: 2,3 Mio. EUR, 2005 abgeschlossen) und ein Projekt zur Harmonisierung der Wettbewerbsregeln der fünf Andenländer („*Competencia*“, EG: 2 Mio. EUR, 2005 abgeschlossen).

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Andenländern wurde weiter auf einem bescheidenen Niveau im Rahmen erfolgreicher Rahmenforschungsprogramme aufrechterhalten. Im 6. Rahmenforschungsprogramm lag der Schwerpunkt ihrer Zusammenarbeit mit europäischen Teams auf Umweltthemen (Wasser, Forstwissenschaft, Bewirtschaftung der Küstengebiete usw.), Grundernährungssicherheit und Gesundheit/öffentliche Gesundheit. Etwa 45 Teams aus den vier Andenländern beteiligten sich an mehr als 30 gemeinsamen Forschungsprojekten. Diese Projekte laufen zwar nicht unter dem Stichwort „Andengemeinschaft“, sind aber eine wichtige Verbindung zwischen Forschungsteams und ihren internationalen Kollegen und tragen auf diese Weise zur Stärkung der Forschungskapazitäten in der Region bei und bieten neue Erkenntnisse für Lösung grundlegender Probleme im spezifischen Andenkontext.

Neben der Zusammenarbeit, die im Zuge der geografischen Strategien programmiert wird, werden mit horizontalen Haushaltlinien auch spezifische Fragen angegangen wie beispielsweise Entwaldung, entwurzelte Bevölkerungsgruppen, Menschenrechte usw. Die daraus resultierenden Projekte bilden einen festen Bestandteil des EU-Konzepts für die betreffende Region oder das betreffende Land. Im Rahmen der horizontalen Haushaltlinien sind einige Projekte für die Andengemeinschaft mit regionaler Dimension zu nennen:

- **Haushaltlinie für Drogenbekämpfung:** das Projekt PRECAN, das darauf abzielt, die Koordinierung zwischen den Andenländern bei der Kontrolle der chemischen Ausgangsstoffe zu verbessern (EG: 1,6 Mio. EUR)
- **Haushaltlinie für Menschenrechte und Demokratie:** ein Projekt, das darauf abzielt, zur Konsolidierung der Stabilität im Andenraum durch Unterstützung der Ausarbeitung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Andenländer beizutragen (EG: 1 Mio. EUR).
- **Haushaltlinie für Menschenrechte und Demokratie:** ein Projekt, das darauf abzielt, ein Menschenrechtsprogramm für die Andengemeinschaft aufzulegen, das aus vier nationalen und zwei regionalen Programmen besteht (EG: 11,4 Mio. EUR).
- **Haushaltlinie für humanitäre Hilfe:** das Programm DIPECHO für die Andengemeinschaft, das durch eine verbesserte Katastrophenbereitschaft zur Verringerung der Gefahren für die Bevölkerungsgruppen beitragen soll, die durch Naturkatastrophen am stärksten gefährdet sind (EG: im Rahmen des 3. DIPECHO-Aktionsplans wurden 2003 4 Mio. EUR und Rahmen des 4. DIPECHO-Aktionsplans 4,5 Mio. EUR für 2006 durchzuführende Projekte bereitgestellt)

- *Haushaltlinie für Aktionen gegen Antipersonenlandminen:* ein Projekt in der Grenzregion zwischen Peru und Ecuador (Kondorberge), das auf die Auffindung, Räumung und Vernichtung von Antipersonenminen und UXO abzielt (EG: 1 Mio. EUR).

Obwohl Venezuela die Andengemeinschaft nun verlassen hat, kann dieses Land während einer Übergangszeit auf Wunsch weiterhin an CAN-Projekten teilnehmen.

Erkenntnisse

Wenngleich es für Schlussfolgerungen noch zu früh ist, lässt die Bilanz des jüngsten Programmierungszeitraums 2002-2006 erkennen, dass die Projektvorbereitung und -durchführung nach einem langsamem Start an Tempo gewinnt. Allerdings hat sich die Zusammenarbeit auf subregionaler CAN-Ebene zuweilen als schwierig erwiesen, was auf die raschen Wechsel in den Verwaltungen und politischen Agenden der CAN-Länder (wovon der häufige Wechsel der nationalen Koordinatoren für ein- und dasselbe Projekt zeugen), die begrenzten personellen und sonstigen Ressourcen des Generalsekretariats der Andengemeinschaft (auf Andenseite der wichtigste Akteur bei der Durchführung regionaler Projekte) und die verspäteten Zahlungen der Gegenwertmittel seitens der Andenländer zurückzuführen ist. Die Notwendigkeit, die Übernahme von Eigenverantwortung für Projekte zu verbessern, ist eine der wichtigsten Erkenntnisse, die im laufenden Programmierungszeitraum gewonnen wurden. Um diese Eigenverantwortung zu erhöhen, wurden die Zivilgesellschaft und die jeweiligen Regierungen zu den Schwerpunktbereichen des nächsten Programmierungszeitraums konsultiert, insbesondere im Rahmen eines Workshops im Juni 2005 in Lima. Darüber hinaus ist geplant, künftig Projekte zu kofinanzieren, die besser auf die spezifischen Erfordernisse der jeweiligen Länder abgestimmt sind.

4.2. Information über die Kooperationsmaßnahmen der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber

Was die Koordinierung von Projekten betrifft, so sind Überschneidungen mit anderen regionalen Projekten vorgekommen, aber nur in sehr begrenztem Maß. Es gibt kaum Geber, die mit der Andengemeinschaft als regionaler Einheit zusammenarbeiten. Die EU-Mitgliedstaaten führen abgesehen von einigen binationalen Projekten nur sehr wenige Projekte von regionaler Tragweite durch. Frankreich ist ein regelmäßiger Geber. Beispiele für Projekte der Mitgliedstaaten sind zwei deutsche Projekte über integrierte Verwaltung von Wassereinzugsgebieten und grundlegende Abwasserentsorgung, ein vom Vereinigten Königreich finanziertes Katastrophenschutzprojekt und ein schwedisches Projekt zur Drogenbekämpfung. Das Interesse der EU-Mitgliedstaaten an einer Zusammenarbeit mit der Andengemeinschaft auf subregionaler Ebene wächst offenbar. Spanien beispielsweise unterzeichnete im Juli 2006 eine Vereinbarung mit dem CAN-Generalsekretariat, in der es sich zur Zusammenarbeit in den Bereichen sozialer Zusammenhalt, demokratische Regierungsführung, Gebiets- und Grenzentwicklung sowie Umweltschutz verpflichtete. Finnland bereitet gegenwärtig ein Projekt zur biologischen Vielfalt im Amazonas-Becken vor, mit dessen Durchführung 2008

begonnen werden könnte. Es soll zum Wissen über die biologische Vielfalt und zu ihrer nachhaltigen Nutzung im Westamazonasgebiet (das die Andenländer abdeckt) beitragen.

Die anderen wichtigen Geber für das Andenintegrationssystem sind die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB), die Andenentwicklungsgesellschaft (CAF) und die USA. Es wurden einige wenn auch geringfügige Überschneidungen zwischen EU- und IADB-Projekten und zwischen regionalen CAN-Projekten und nationalen Projekten, die entweder von der EU oder von einzelnen EU-Mitgliedstaaten und/oder anderen Gebern finanziert wurden, festgestellt, vor allem auf dem Gebiet der handelsbezogenen technischen Hilfe.

Schließlich ist anzumerken, dass eine der Andeninstitutionen selbst, die CAF, neben Darlehen für private subregionale Projekte und Investitionen auch technische Hilfe gewährt und sehr stark in globale Infrastruktur-/Verkehrsprojekte (wie zum Beispiel das Programm IIRSA) involviert ist. Und im Juli 2005 bewilligte die EIB ein globales Darlehen von 40 Mio. EUR für die Finanzierung von Projekten kleiner und mittlerer Größenordnung.

Erkenntnisse

Gemäß den Grundsätzen der Pariser Erklärung von 2005 zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe sind Komplementarität und Koordinierung das Ziel, und der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels sollte der Austausch von Informationen über die Programmierung und Projektdurchführung sein. Dies ist insbesondere dann erforderlich, wenn andere „regionale“ Geber beteiligt sind, wie derzeit die IADB und künftig einige EU-Mitgliedstaaten. Mit Blick auf den neuen Programmierungszeitraum wurde der Informationsaustausch in einem sehr frühen Stadium, beispielsweise durch regelmäßige Zusammenkünfte der Kommission und der IADB sowie durch die Konsultation der in den jeweiligen Ländern aktiven Mitgliedstaaten, verstärkt.

4.3. Komplementarität und Kohärenz zwischen verschiedenen Ebenen der EG-Programmierung

Die in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe festgeschriebene Komplementarität und Koordinierung ist nicht nur auf der Ebene der verschiedenen Geber von Bedeutung, sondern festigt auch die EG-Programmierung auf verschiedenen Ebenen. Die Programmierungsrunden der EG auf regionaler (Lateinamerika), subregionaler und nationaler Ebene sollten das Subsidiaritätsprinzip widerspiegeln (d. h. es sollte geprüft werden, auf welcher Ebene ein bestimmtes Ziel am besten erreicht werden kann). Innerhalb der Andengemeinschaft lässt sich eine vollständige Komplementarität aufgrund der Unterschiede zwischen ihren Mitgliedsländern nur schwer erreichen. Für den neuen Programmierungszeitraum wurde jedoch sorgfältig darauf geachtet, jegliche Überschneidungen zu vermeiden. Beispielsweise werden regionale Maßnahmen zur wirtschaftlichen Integration in der Andengemeinschaft auf subregionaler Ebene unterstützt, während die Förderung der Ausfuhren nationaler Erzeugnisse auf nationaler Programmierungsebene erfolgt – sofern sie als Schwerpunktsektor ausgewählt wurde. Ein weiteres Beispiel ist die auf dem Gebiet des

sozialen Zusammenhalts angestrebte Komplementarität, wo national programmierte Aktivitäten durch sehr spezifische regionale Vor-Ort-Projekte ergänzt werden könnten.

4.4. Kohärenz mit der Politik der EU/EG

Die EU ist in verschiedenen Politikbereichen aktiv, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit ihren Beziehungen zur Andengemeinschaft stehen. Nachstehend werden die wichtigsten dieser für die Andengesamtebene – d. h. für alle Mitgliedsländer der Andengemeinschaft – relevanten Politiken dargestellt.

Handel

Im Einklang mit Artikel 131 EG-Vertrag, wonach das Ziel der Handelspolitik der Union darin besteht, „*im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschränken beizutragen*“, zielt die Handelspolitik der EU gegenüber der Andengemeinschaft im Wesentlichen auf Folgendes ab:

- Intensivierung und Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft auf der Grundlage von transparenten und nicht diskriminierenden multilateralen Regeln, vor allem durch die Verstärkung der Zusammenarbeit im WTO-Kontext;
- Unterstützung des regionalen Handels- und Wirtschaftsintegrationsprozesses in der Andengemeinschaft, insbesondere durch die Förderung seiner Stärkung vor den und während der Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, einschließlich einer Freihandelszone;
- Unterstützung der Andengemeinschaft in ihren Bemühungen um die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen, vor allem hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung und der verantwortungsvollen Staatsführung, u. a. durch Gewährung eines bevorzugten Zugangs zum EU-Markt mittels der APS+-Sonderregelung.

Angesichts der Bedeutung, die die EU der verantwortungsvollen Staatsführung, der nachhaltigen Entwicklung (APS+), dem Multilateralismus (WTO) und der regionalen Wirtschaftsintegration beimisst, stehen diese Themen ganz oben auf der Agenda der Beziehungen EU-Andengemeinschaft. Die bisherigen und die vorgeschlagenen Strategien weisen in dieser Hinsicht Kontinuität auf.

Unter der Überschrift „Handel“ muss auch auf die Verbraucherschutzpolitik der EU hingewiesen werden, vor allem auf die gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Kontrollen, die die EU fordert, um einen hohen Maß an Gesundheit, Sicherheit und Schutz der wirtschaftlichen Interessen ihrer Verbraucher sowie der öffentlichen Gesundheit sicherzustellen. Einige Drittländer bzw. Wirtschaftskreise betrachten diese Politik als eine Form nicht tarifären Handelsschutzes, der den Zugang bestimmter – vor allem landwirtschaftlicher – Erzeugnisse zu europäischen Märkten verhindert. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Agrarpolitik der EU, die von Drittländern häufig als protektionistisch empfunden wird.

Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt

Wie in Europa ist auch in der Andengemeinschaft das Bewusstsein gewachsen, dass eine regionale Wirtschaftsintegration nur nachhaltig sein kann, wenn sie mit einem besseren sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt einher geht. Es ist von großem Interesse, dass die EU ihr Sozialmodell in Lateinamerika propagiert und dass die Andengemeinschaft aus der europäischen Erfahrung an der sozialen Front lernt, was Methoden (Definition gemeinsamer Ziele und Indikatoren zur Messung von Fortschritten), politische Konzepte (integriertes und strategisches Konzept für die soziale Entwicklung), das Staatsführungskonzept (Partnerschaft zwischen Behörden, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft) und Finanzinstrumente (Erfahrung der EU bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts durch die Strukturfonds) angeht.

Nach dem Gipfel EU-Lateinamerika/Karibik vom Mai 2004 in Guadalajara, auf dem der soziale Zusammenhalt eine der Prioritäten auf der Tagesordnung war, bestätigte die Andengemeinschaft ihre Entschlossenheit, den sozialen Zusammenhalt durch die Annahme ihres „Integrierten Plans für soziale Entwicklung“ (PIDS) anzugehen. Dieser Plan stellt eine Reihe von Programmen in so verschiedenen Gebieten wie Gesundheit, Bildung, Umwelt, indigene Bevölkerungsgruppen, Kinder und Frauen vor und ist ausdrücklich mit der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele verbunden. Das Bottom-up-Konzept in diesem Plan, das die aktive Mitarbeit nationaler Monitoring-Ausschüsse vorsieht, spiegelt die offene Koordinierungsmethode, die die EU im sozialen Bereich anwendet. Das Interesse der Kommission an diesem Plan sowie an seinem Potenzial der Weiterentwicklung zu einer umfassenden Strategie für den sozialen Zusammenhalt führte zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Andengeneralsekretariat im Jahr 2005. Beispiele sind die Wiederaufnahme sozialer Themen in den politischen Dialog zwischen den beiden Regionen und die technische Hilfe zur weiteren Entwicklung und Durchführung des PIDS.

Darüber hinaus hat die CAN, zur Inangriffnahme der regionalen Ungleichheiten, ferner angekündigt, eine „Andenstrategie über territoriale Entwicklung“ aufzustellen zu wollen im Hinblick auf eine ausgewogene und harmonische Entwicklung von ökologischer Nachhaltigkeit und territorialem Zusammenhalt in der Andenregion.

Im Gegensatz zu der letzten regionalen Strategie nennt die neue Strategie den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt als eine ihrer höchsten Prioritäten.

Drogenbekämpfung

Ein weiterer wichtiger Bereich der EU-Politik, dem hohe Priorität in den Beziehungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft eingeräumt wird, ist die Drogenbekämpfung. Dies überrascht nicht, da praktisch das gesamte in Europa konsumierte Kokain aus Kokapflanzen hergestellt wird, die in einem der Andenländer angebaut werden.

Die EU-Politik zur Bekämpfung des Konsums und der Herstellung von Drogen sowie des Drogenhandels wird in der EU-Drogenstrategie 2005-2012 (und im neuen Aktionsplan 2005-2008⁴) dargelegt, die einen Rahmen für ein ausgewogenes, integriertes Vorgehen gegen das Drogenproblem bietet. Der Schwerpunkt dieser Strategie liegt auf der Eindämmung von Nachfrage und Angebot, und sie erstreckt sich auch auf die internationale Zusammenarbeit. Auf der außenpolitischen Ebene basiert die EU-Drogenstrategie auf der Stärkung der Koordinierung bei der Drogenbekämpfung und auf der Unterstützung der Entwicklung von Beziehungen zwischen Drittländern und der EU. Das Vorgehen der EU orientiert sich am Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung. Dies wurde durch den Panama-Aktionsplan EU-Lateinamerika konkretisiert, der 1999 angenommen und ratifiziert wurde. Wie in Kapitel 3 dargelegt, steht der EU und der Andengemeinschaft eine Reihe von Instrumenten für die gemeinsame Bekämpfung des Problems zur Verfügung, wie die multilateralen Gespräche in der UN-Suchtstoffkommission, die Sitzungen des Mechanismus EU-Lateinamerika/Karibik zur Koordinierung und Kooperation im Drogenbereich, der der Andengemeinschaft durch die APS+-Regelung eingeräumte präferenzielle Handelszugang, der hochrangige Betäubungsmitteldialog EU-Andengemeinschaft sowie die Vereinbarungen und Zusammenkünfte zwischen der EG und den Ländern der Andengemeinschaft zum Thema chemische Ausgangsstoffe.

Schließlich stehen die allgemeine Entwicklungspolitik der EU (siehe Kapitel 1) und die außenpolitischen Aspekte ihrer Politik in den Bereich Umwelt, Migration, Forschung und Entwicklung, Informationsgesellschaft usw. im Einklang mit den vorgeschlagenen Strategien. Darüber hinaus hat die Europäische Kommission unlängst ein Folgenabschätzungsinstrument eingeführt, das auf ihre wichtigsten Vorschläge in sämtlichen politischen Bereichen angewandt werden kann, um die Kohärenz ihrer Maßnahmen zu verbessern.

5. AKTIONSSTRATEGIE DER EG (INTERVENTIONSEKTOREN)

5.1. Allgemeine Aktionsstrategie

Die Andengemeinschaft ist mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Die wichtigsten davon sind die Nachhaltigkeit der Demokratie, die politische Stabilität, die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, der soziale Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung, die Drogenbekämpfung und der Umweltschutz. Der EU stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, mit denen sie die Andengemeinschaft bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unterstützen kann. Kooperationsmaßnahmen sind nur ein Instrument neben dem politischen Dialog, den präferenziellen Handelsregelungen und den verschiedenen sektoralen Politiken und Dialogen.

⁴ ABl. C 168 vom 8.7.2005.

Was den politischen Dialog betrifft, so sieht die Erklärung von Rom aus dem Jahr 1996 Ad-hoc-Tagungen der Präsidenten und Minister von Andengemeinschaft und EU vor. Mit dem im Dezember 2003 geschlossenen Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit wurde dieser politische Dialog institutionalisiert und auf neue Bereiche von gemeinsamem Interesse wie Migration, Konfliktprävention, verantwortungsvolle Staatsführung und Terrorismusbekämpfung ausgedehnt. Dieses Abkommen wird nach Abschluss der Ratifizierungsverfahren in Kraft treten. Es bereitet den Weg für die Aushandlung eines Assoziationsabkommens, das in der Erklärung, die die Staats- und Regierungschefs im Mai 2004 auf dem Gipfel EU-Lateinamerika/Karibik in Guadalajara abgaben, als „gemeinsames strategisches Ziel“ beider Regionen genannt wurde.

Die Handelsbeziehungen EU-Andengemeinschaft unterliegen der als Anreiz konzipierten APS+-Sonderregelung, die Teil des allgemeinen APS-Systems ist. Diese Sonderregelung bietet hilfebedürftigen Ländern, die nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung fördern, Anreize, indem ihren Ausfuhrerzeugnissen präferenzieller Zugang zum EU-Markt eingeräumt wird. Länder können diese Regelung in Anspruch nehmen, wenn sie sich verpflichten, eine Reihe grundlegender internationaler Übereinkünfte in den Bereichen Arbeits- und Menschenrechte (UNO/IAO) sowie Umwelt und verantwortungsvolle Staatsführung zu ratifizieren und umzusetzen. Auf der Grundlage von Bewertungen der jeweiligen internationalen Monitoring-Gremien wurden alle Andenländer als förderfähig im Rahmen der APS+-Regelung eingestuft. Um die Bemühungen der Länder in diesen Bereichen weiter zu unterstützen und zu verstärken, wird nicht nur die Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte in alle Schwerpunktsektoren dieser Strategie einbezogen, sondern es können auch spezifische Projekte im Schwerpunktsektor „sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt“ finanziert werden. Zusammen mit den Meistbegünstigungsklauseln ermöglicht dieser Mechanismus, dass rund 90 % der Ausfuhrerzeugnisse der Andengemeinschaft zollfrei in die EU eingeführt werden können.

In Zukunft wird dann das Assoziationsabkommen, das auch eine Freihandelszone umfassen wird, an die Stelle der präferenziellen APS-Regelungen treten. Es wurde die Position vertreten, dass vor der Aufnahme der Verhandlungen über ein solches Abkommen ein ausreichender Grad an regionaler Wirtschaftsintegration notwendig war. In einer gemeinsamen Bewertung der regionalen Wirtschaftsintegration wurde geprüft, inwieweit dieser Grad erreicht worden ist. Um die Andengemeinschaft in ihrem regionalen Wirtschaftsintegrationsprozess insbesondere in den Bereichen zu unterstützen, die in dem gemeinsamen Prüfungsbericht als Schwachpunkte genannt wurden, wurde die „regionale Wirtschaftsintegration“ als ein Schwerpunktsektor für die Zusammenarbeit im Zuge dieser regionalen Strategie benannt. Dies war auch in der vorigen Strategie der Fall, wie die drei jüngst abgeschlossenen Regionalprojekte über Zoll, Qualitätsinfrastrukturen und Wettbewerb sowie die laufenden und die geplanten Projekte handelsbezogener technischer Hilfe zeigen, die im Rahmen der Strategie 2002-2006 programmiert wurden.

Auf dem Gipfel von Guadalajara wurde auch der soziale Zusammenhalt auf die Liste der höchsten Prioritäten für die beiden Regionen gesetzt. Die Andengemeinschaft demonstrierte ihr wachsendes Interesse an einem regionalen Konzept für soziale

Angelegenheiten, indem sie im September 2004 einen Integrierten Plan für soziale Entwicklung (PIDS, siehe oben) verabschiedete. Seither wird, mit Unterstützung der Europäischen Kommission, an der Weiterentwicklung und Durchführung dieses Plans gearbeitet. Die Andengemeinschaft plant, ihn in Zukunft als Grundlage für eine umfassende Strategie für den sozialen Zusammenhalt auf subregionaler Ebene zu verwenden. Der soziale Zusammenhalt hat inzwischen auch einen Platz im regelmäßigen politischen Dialog zwischen den beiden Regionen erhalten, wovon insbesondere die gemeinsame Erklärung⁵ zeugt, die die für Außenbeziehungen zuständige Kommissarin Ferrero-Waldner und der Generalsekretär der Andengemeinschaft, Wagner, im Juli 2005 abgaben. Darin bekräftigten beide Seiten ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu verstärken. Dieses wachsende Interesse seitens der Andengemeinschaft ermöglicht, dass diese Strategie – im Gegensatz zu früheren Kooperationsmaßnahmen auf regionaler Ebene – den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt im weitesten Sinne zu einem Schwerpunktsektor für den Zeitraum 2007 -2013 macht.

Die Drogenbekämpfung nimmt ebenfalls eine wichtige Stellung in den Beziehungen EU-Andengemeinschaft ein, zumal die Andenregion die größte Koka erzeugende Region der Welt ist, und die EU, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, den höchsten Kokainverbrauch hat. Innerhalb der EU nimmt diese ihre Verantwortung durch ihre kontinuierlichen Bemühungen zur Eindämmung des Kokainkonsums wahr. In der Außenpolitik unternimmt sie Anstrengungen in Form von politischem Dialog, Handelspräferenzen und Kooperationsmaßnahmen. Die Andenregion ist die einzige Region in der Welt, mit der die EU eigens einen jährlichen „*Hochrangigen Betäubungsmitteldialog*“ führt. Dieser Dialog hat u. a. zur Unterzeichnung von Abkommen zwischen der EG und jedem Andenland über Ausgangsstoffe geführt und in diesem Rahmen finden auch regelmäßige Folgesitzungen auf der Ebene EU-Andengemeinschaft statt. Auch auf der Ebene Lateinamerika/Karibik ist der Mechanismus zur Koordinierung und Kooperation im Drogenbereich mit jährlichen Sitzungen ein wichtiges Instrument des politischen Dialogs. Was Handelspräferenzen angeht, so bietet die EU weiterhin mit ihrem APS+-System sehr günstige Handelsbedingungen für Ausfuhren aus den Andenländern an. Ferner gibt es zahlreiche Kooperationsmaßnahmen auf regionaler und auf nationaler Ebene. Auf Landesebene konzentrierte sich die Zusammenarbeit bisher stark auf die alternative Entwicklung, während sie auf regionaler Ebene chemische Ausgangsstoffe und synthetische Drogen betrifft. In der regionalen Strategie 2007-2013 bilden Drogen einen der Schwerpunktbereiche der Zusammenarbeit mit der Andengemeinschaft auf regionaler Ebene. Dies schließt jedoch andere Kooperationsmaßnahmen, die aus anderen Haushaltsinstrumenten finanziert werden, nicht aus.

Was die verantwortungsvolle Staatsführung und regionale Sicherheit angeht, so ist es von grundlegender Bedeutung, die Bemühungen sowohl der Zivilgesellschaft als auch der Andenbehörden im Kampf gegen den Handel mit und die unerlaubte Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Kontaminierung mit UXOs und Antipersonen-Landminen zu unterstützen und zu fördern. Ferner ist es wichtig, auch die Anstrengungen zu unterstützen, die zur Erfüllung

⁵ Veröffentlicht auf der Website der Andengemeinschaft: www.comunidadandina.org

der internationalen Verpflichtungen im Kampf gegen den Terrorismus unternommen werden. In diesem Zusammenhang werden grenzübergreifende und regionale Initiativen angeregt.

Ein weiterer Sektor mit zunehmender Bedeutung ist die Migration. Dieses Thema wurde in das EU-CAN-Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit vom Dezember 2003 aufgenommen, und im März 2004 fand in Quito eine wichtige Zusammenkunft von Experten in Form eines EU-Lateinamerika/Karibik-Seminars statt, gefolgt von einem weiteren Seminar dieser Art in Cartagena im März 2006. Das Thema Migration und die Gastarbeiterüberweisungen in diesem Zusammenhang werden für die Andenländer immer wichtiger, insbesondere für Ecuador und Bolivien. Der politische Dialog auf diesem Gebiet sollte vertieft werden, und es könnten Kooperationsmaßnahmen im Rahmen des Schwerpunktsektors „sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt“ dieser regionalen Strategie in Betracht gezogen werden. Gebührende Aufmerksamkeit sollte außerdem der möglichen Einbeziehung von Kooperationsmaßnahmen mit Hilfe der horizontalen Haushaltslinie für Migration auf regionaler, subregionaler und/oder nationaler Ebene der Andengemeinschaft gewidmet werden.

Der Umweltschutz ist von großer Bedeutung sowohl für die Andengemeinschaft als auch für die EU, vor allem angesichts der sehr großen biologischen Vielfalt in den Mitgliedsländern der Andengemeinschaft. Eine unzulängliche Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen führt zu größerer Umweltzerstörung und schlägt sich in verstärkten gesundheitlichen und sozialen Problemen nieder. Eine nachhaltige Bewirtschaftung dieser Ressourcen kann hingegen zur Stärkung der Wirtschaft beitragen. Dem Umweltaspekt kommt bei der Förderung der regionalen Integration besondere Bedeutung bei, da die meisten ökologischen Herausforderungen nicht an den Landesgrenzen halten und daher Länder zur Zusammenarbeit bewegen können. Die Bemühungen seitens der Andengemeinschaft selbst um die Behandlung von Umweltproblemen auf regionaler Ebene werden intensiviert, was teilweise durch die Einbeziehung der Umwelt als Teilsektor in den vorgenannten Integrierten Plan für die soziale Entwicklung geschieht. Ungeachtet der etwaigen Kooperationsmaßnahmen, die aus dem Regionalprogramm Lateinamerika und der horizontalen Haushaltslinie für Umwelt finanziert werden, sollten entsprechend der Gemeinsamen Erklärung auf dem 4. Weltwasserforum im März 2006 Umweltschutzkooperationsmaßnahmen bei der regionalen CAN-Programmierung im Kontext des Schwerpunktsektors sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt in Erwägung gezogen werden. Abgesehen davon sollte Umweltaspekte auch im politischen Dialog der beiden Regionen größere Priorität beigemessen werden. Die Prioritäten sind Klimawandel, Wasser, biologische Vielfalt und Wälder. Zwecks Gewährleistung der ökologischen Nachhaltigkeit der EG-Aktivitäten werden auf Ebene der einzelnen Projekte ggf. Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgenommen und deren Ergebnisse berücksichtigt.

Ein weiterer Sektor, der weit oben auf der Agenda der Andengemeinschaft und der EU steht, ist die Förderung einer Wissensgesellschaft: Forschung und Entwicklung, Kultur und Bildung sowie die Informationsgesellschaft. Dieser Bereich fällt bis zu einem

gewissen Grad in den Schwerpunktsektor „sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt“ dieser Strategie. In stärkerem Maß und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip wird er jedoch derzeit und künftig auf gesamtlateinamerikanischer Ebene behandelt, beispielsweise durch die Programme @lis, ALPHA, Alþan und Jugend. Was die Politik im Bereich Forschung und Entwicklung angeht, so regen die EU-Rahmenprogramme die internationale Zusammenarbeit mit Andenländern an und wertschätzen das Potenzial an Fachwissen und Know-how in dieser Region sowie insbesondere ihre weiterhin sehr große biologische Vielfalt. Im Rahmen des 7. Rahmenforschungsprogramms der EU (2007-2013) wird die internationale Kooperation in alle Komponenten einbezogen, und es ist auch ein Austausch von Forschern vorgesehen. Der biregionale Dialog wird dazu beitragen, dass bei der Prioritätensetzung den Interessen beider Seiten Rechnung getragen wird, und durch die Koordinierung mit den internationalen W&T-Strategien der Mitgliedstaaten sollen Synergieeffekte gestärkt werden. Besonderes Gewicht wird auf die Verknüpfung zwischen der Forschung und ihren Ergebnissen mit Bürgern und Innovation gelegt. Ferner ist geplant, die bilateralen Kooperationsprogramme zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern auszubauen. Ferner zielen W&T-Förderungsplattformen zwischen EU und Lateinamerika darauf ab, bilaterale Partnerschaften auf einen biregionalen Kontext auszuweiten.

Auf die makroökonomische Konvergenz wiederum wird wegen all ihrer positiven Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Stabilität, die regionale Integration und die Verbesserung sozialer Indikatoren großes Gewicht gelegt. Im Kontext ihrer Programmierung auf der Ebene der lateinamerikanischen Region unterstützt die EU derzeit das Projekt REDIMA II, das auf die Förderung der makroökonomischen Konvergenz im Wege des politischen Dialogs, der Stärkung des analytischen Rahmens und des Aufbaus der Kapazitäten zur Ausarbeitung von Statistiken und quantitativen Instrumenten abzielt.

Energie und Verkehr sind zwei weitere Sektoren, denen künftig wachsende Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Die Mitgliedsländer der Andengemeinschaft haben bedeutende potenzielle Energieressourcen und einen erheblichen Bedarf im Verkehrssektor. Es ist wichtig, dass die Zusammenarbeit in diesen beiden Sektoren zwischen den Andenländern sowie zwischen der Andengemeinschaft und der EU vertieft wird. Eine Intensivierung des Dialogs in diesen Bereichen wird sehr empfohlen. Besondere Aufmerksamkeit muss möglicherweise Verbund- und Interoperabilitätsfragen gewidmet werden.

5.2. Tragweite der Kooperationsmaßnahmen im Rahmen des regionalen Strategiepapiers 2007-2013

Der regionale Finanzrahmen ist verglichen mit dem Umfang der für die bilaterale Zusammenarbeit verfügbaren Hilfe eher begrenzt und als Ergänzung zu den nationalen Finanzrahmen zu betrachten.

Bei der Auswahl der geeignetsten Kooperationsbereiche wurde von bestimmten Annahmen ausgegangen. Auch wenn es zahlreiche Herausforderungen gibt, müssen sich die Bemühungen zunächst auf eine begrenzte Anzahl von Bereichen konzentrieren.

Folglich wird eine Auswahl getroffen, wobei die EU sich an ihren eigenen Erfahrungen orientiert und sich auf Bereiche konzentriert, in denen sie dank dieser Erfahrungen über einen komparativen Vorteil verfügt. Außerdem wendet die EU das Subsidiaritätsprinzip an, um die Programme auf der geeigneten Ebene anzusiedeln (d. h. keine regionalen Programme für Maßnahmen, die auf niedrigerer – d. h. nationaler – Ebene besser durchgeführt werden können), und sie strebt nach Komplementarität ihrer regionalen Kooperationsmaßnahmen, d. h. Vermeidung von Überschneidungen mit anderen Kooperationsaktivitäten im Rahmen ihrer eigenen nationalen und regionalen Programme, der Programme einzelner Mitgliedstaaten oder anderer in der Region bzw. in den Ländern aktiver Geber. Schließlich berücksichtigt die EU die Erkenntnisse, die sie in der Vergangenheit gewonnen hat, und verstärkt die Eigenverantwortung und Sichtbarkeit der regionalen Programmierung der Andengemeinschaft.

5.3. Schwerpunktsektoren für die Zusammenarbeit auf Ebene der Andengemeinschaft

Angesichts der zunehmenden Globalisierung müssen die Länder ihre Kräfte vereinen, um gemeinsamen Herausforderungen zu begegnen. Im Rahmen dieser regionalen Strategie wird die regionale Integration, d. h. eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Andengemeinschaft in verschiedensten Bereichen, als Mittel betrachtet, die Herausforderungen in wirksamerer Weise anzugehen.

Um eine solche regionale Integration zu fördern, wurden drei Schwerpunktsektoren ausgewählt:

- Regionale Wirtschaftsintegration
- Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt
- Drogenbekämpfung

Diese Bereiche wurden ganz bewusst ausgewählt. Dabei wurde nicht nur dem relativen Gewicht der jeweiligen Herausforderung, sondern auch den vorgenannten Annahmen (siehe 5.2.) Rechnung getragen. Außerdem wird bei der Strategie davon ausgegangen, dass allein die Förderung engerer Beziehungen zwischen den Andenländern, unabhängig vom ausgewählten Sektor, positive Auswirkungen auf andere Bereiche haben wird (so dürfte beispielsweise ein größerer sozialer Zusammenhalt zu mehr politischer Stabilität führen).

5.3.1. Regionale Wirtschaftsintegration

Sowohl der Handel innerhalb der Andengemeinschaft, der durch eine dichtere regionale Wirtschaftsintegration gefördert wird, als auch der Handel zwischen den Ländern der Andengemeinschaft und dem Rest der Welt werden als unerlässlich für die wirksame Einbindung der Andenländer in die globalisierte Welt betrachtet.

Die regionale Wirtschaftsintegration innerhalb der Andengemeinschaft ist weiterhin eines der Hauptziele des Abkommens von Cartagena, des Gründungsvertrags der Organisation, die inzwischen Andengemeinschaft heißt. Diesbezüglich sind bereits zahlreiche

Fortschritte erzielt worden wie z. B. die vollständige Liberalisierung des Handels zwischen den vier Ländern (seit Mitte der 1990-er Jahre zwischen drei der vier Länder und seit Januar 2006 zwischen allen vier Ländern), eine gewisse Konvergenz der Meistbegünstigungszölle, ein gemeinsames Regelwerk in verschiedenen Bereichen (z. B. Rechte an geistigem Eigentum), die Harmonisierung bestimmter technischer Rechtsvorschriften usw.

Wie bereits erwähnt, wurde auf dem EU/CAN-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Guadalajara, der am Rande des Gipfels EU-Lateinamerika/Karibik stattfand, befunden, dass ein ausreichendes Maß an Wirtschaftsintegration erreicht sein muss, bevor Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen den beiden Regionen, einschließlich einer Freihandelszone, aufgenommen werden können. Zu diesem Zweck führte eine eigens eingesetzte gemeinsame Ad-hoc-Arbeitsgruppe 2005/2006 eine Bewertung der regionalen Wirtschaftsintegration durch.

Die Kooperationsmaßnahmen in diesem Bereich sollen sich auf eine Reihe von Schwachstellen im Wirtschaftsintegrationsprozess – im freien Dienstleistungs-, Waren-, Kapital- und/oder Personenverkehr – konzentrieren. Diese Schwachstellen wurden im Laufe der gemeinsamen Bewertung identifiziert, im Rahmen der eigentlichen Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen können aber auch noch weitere Aktionsbereiche ermittelt werden. Bei der Auswahl spezifischer Projekte sollte eine enge Koordinierung der Aktivitäten mit den nationalen Kooperationsmaßnahmen und mit der IADB, die auf CAN-Ebene in diesem Bereich ebenfalls sehr aktiv ist, angestrebt werden.

Bei der Förderung der regionalen Wirtschaftsintegration wird auch der Umweltschutz gebührend berücksichtigt, und zwar sowohl hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen solcher Projekte auf die Umwelt als auch, was die Sensibilisierung für eine nachhaltige Entwicklung angeht.

5.3.2. Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt

Der soziale Zusammenhalt ist einer der in der strategischen Partnerschaft zwischen Lateinamerika und der EU genannten prioritären Bereiche. Dies wurde im Mai 2004 auf dem dritten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Guadalajara bestätigt. In der Schlusserklärung heißt es: „*Wir räumen dem sozialen Zusammenhalt als einem der wichtigsten Elementen unserer biregionalen strategischen Partnerschaft Priorität ein und verpflichten uns, bei der Ausmerzung von Armut, Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung zusammenzuarbeiten.*“

Wie in Kapitel 3 (Analysis) und in Abschnitt 4.4 (Kohärenz) dargelegt, wurde die soziale Agenda des Andenintegrationsprozesses, der sich anfangs fast ausschließlich auf wirtschaftliche Aspekte konzentrierte, im Laufe der Zeit weiterentwickelt, und im September 2004 wurde mit der Annahme des „Integrierten Plans für soziale Entwicklung“ ein wichtiger Schritt in diese Richtung unternommen. Ziel dieses Plans ist die Förderung eines umfassenden Konzepts für die Sozialpolitik, eine stärkere Angleichung der sozialen Strategien und Ziele der einzelnen Länder und eine Belebung

ihrer Zusammenarbeit in diesem Bereich. Die EU betrachtet diesen Plan als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer umfassenden Strategie für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt und engagiert sich sowohl politisch (gemeinsame Pressemitteilung der Europäischen Kommissarin für Außenbeziehungen Ferrero Waldner und des Generalsekretärs der Andengemeinschaft Wagner im Juli 2005) als auch durch konkrete Kooperationsmaßnahmen für die Unterstützung dieses Prozesses.

Unter den wenigen internationalen Gebern, die Unterstützung mit regionalem Schwerpunkt bieten, ist die IADB ein wichtiger Akteur und arbeitet erfolgreich mit der Europäischen Kommission zusammen. So organisierten das CAN-Generalsekretariat, die IADB und die Europäische Kommission im Mai 2005 gemeinsam ein Seminar über den sozialen Zusammenhalt.

Was die EG betrifft, so wird die Förderung des sozialen Zusammenhalts in der CAN auf regionaler Ebene ihren Kooperationsmaßnahmen einen neuen Schwerpunkt verleihen, da soziale Aktivitäten bisher eher auf bilateraler Ebene programmiert wurden. Bei der Förderung dieses Bereichs auf regionaler Ebene sollte das Subsidiaritätsprinzip gebührend berücksichtigt werden, und es sollten nur Maßnahmen durchgeführt werden, die hier einen Mehrwert im Vergleich zur nationalen Ebene erbringen.

Die wichtigsten Komponenten des sozialen Zusammenhalts sind die Bekämpfung der Armut, der sozialen Ausgrenzung und der Ungleichheiten. Diese Definition ermöglicht Kooperationsmaßnahmen in verschiedensten Sektoren, darunter insbesondere die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, Beschäftigung, Kulturwesen⁶, Gleichstellung von Männern und Frauen und Umwelt. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern im sozialen Bereich sollte Hand in Hand mit dem innerregionalen Dialog intensiviert werden. Damit die Kooperationsmaßnahmen einen Mehrwert auf regionaler CAN-Ebene entfalten, sollten sie technische Hilfe auf politischer Ebene und/oder Projekte umfassen, an den mindestens zwei Andenländer beteiligt sind. Gegenstand solcher Projekte sind dann Themen, die unter den Integrierten Plan für soziale Entwicklung oder aber eine ausgeprägtere Strategie des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts und/oder die künftige Andenstrategie für territoriale Entwicklung fallen.

5.3.3. Drogenbekämpfung

Die Drogenbekämpfung in einer Region, aus der praktisch das gesamte in der Welt konsumierte Kokain stammt, stellt für die Andenländer aufgrund der destabilisierenden Auswirkungen von Drogen und damit verbundener Straftaten auf ihre demokratischen Institutionen und ihr soziales Gefüge eine Priorität dar. Ebenso ist sie eine Priorität für Europa aufgrund der verheerenden Auswirkungen von Drogen und der damit einhergehenden Kriminalität auf die europäische Gesellschaft.

Beide Regionen tragen hier eine gemeinsame Verantwortung. 1996 wurde dieser Grundsatz im Kontext der Beziehungen EU-Andengemeinschaft in der Erklärung von Cochabamba verankert, in der es heißt: „*die Strategie der gemeinsamen Verantwortung*

⁶ einschließlich AV, Medien, Musik, Inhalte für die Informationsgesellschaft, Verlagswesen usw.

ist wesentlich für eine echte Verringerung des Angebots an und der Nachfrage nach Drogen natürlicher und synthetischer Herkunft, der Kontrolle der Abzweigung chemischer Ausgangsstoffe und der Geldwäsche und anderer damit verbundener Straftaten sowie für die Gewährleistung der justiziellen Zusammenarbeit und der Durchführung von Entwicklungsprogrammen, die auf die Ausmerzung der Drogenproduktion abzielen.“

Seit Mitte der 1990-er Jahre führen die EU und die Andengemeinschaft einen politischen Dialog, der sich häufig mit der Drogenbekämpfung befasst, wie durch das Ministertreffen vom Mai 2005 in Luxemburg veranschaulicht wurde, auf dem das Erfordernis der Verstärkung unserer gemeinsamen Bemühungen auf diesem Gebiet von allen teilnehmenden Ministern nachdrücklich hervorgehoben wurde. Dasselbe Erfordernis wurde auch im Rahmen des „hochrangigen Betäubungsmitteldialogs EU-Andengemeinschaft“ und auf den Sitzungen EU-Andengemeinschaft zu chemischen Ausgangsstoffen betont, die im Mai/Juni 2005 in Lima stattfanden. Auf diesen Sitzungen trafen hochrangige Experten aus beiden Regionen zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, Wege zu einer besseren Koordinierung der Maßnahmen zu erörtern und mögliche Bereiche der Zusammenarbeit zu ermitteln.

Die Andengemeinschaft begann 2002 mit der Aufstellung eines gemeinsamen Konzepts für die Drogenbekämpfung, indem sie die erste Andenstrategie zur Bekämpfung von Drogen und damit verbundenen Straftaten annahm. Im Juli 2005 wurde auf dem Präsidentengipfel der Andengemeinschaft in Lima eine gemeinsame Strategie für alternative Entwicklung angenommen.

Nur sehr wenige der zahlreichen Kooperationsmaßnahmen in den Ländern der Andengemeinschaft, deren Gegenstand die Drogenbekämpfung ist und die ganz oder teilweise von der EG, ihren Mitgliedstaaten und/oder anderen Gebern finanziert werden, haben einen regionalen Schwerpunkt. Die Drogenprobleme in dieser Region weisen jedoch viele ähnliche Merkmale auf, wie die Auswirkungen auf die politische Stabilität von einigen dieser Länder, den Schwerpunkt auf dem Kokaanbau und die Suche nach alternativen Existenzgrundlagen für die Bauern, die für die Kokainproduktion verwendeten chemischen Ausgangsstoffe und den Bedarf an gemeinsamen Kontrollverfahren, die Umweltfolgen des Kokaanbaus und der Kokainproduktion, die Drogenhandelsketten usw. Diese gemeinsamen Merkmale sprechen zunehmend für ein regionales Konzept. Allerdings muss unbedingt darauf geachtet werden, dass tatsächlich nur Maßnahmen ausgewählt werden, die einen Mehrwert auf regionaler Ebene bieten. Es bedarf einer eingehenden Analyse der Erfordernisse, und der „Hochrangige Betäubungsmitteldialog EU-Andengemeinschaft“ könnte ein nützliches Forum für die gemeinsame Diskussion über den Gegenstand der Kooperationsmaßnahmen sein.

5.4. Mit der Strategie verbundene Risiken

Das größte Risiko im Zusammenhang mit dieser regionalen Strategie ist das geringe Engagement der Mitgliedsländer der Andengemeinschaft für den regionalen

Integrationsprozess und der sich daraus ergebende Mangel an finanziellen Mitteln zur Fortsetzung dieses Prozesses. Dies ist natürlich zu erwarten, wenn innenpolitische Themen auf der politischen Agenda dominieren und anstelle der Verwirklichung von langfristigen Zielen kurzfristigen Erfolgen der Vorzug gegeben wird. Eine bestimmte Gleichgültigkeit gegenüber regionalen Projekten kann auch das Ergebnis eines Mangels an Eigenverantwortung sein, der aus einer unzulänglichen Einbeziehung aller relevanten Akteure in die Auswahl und Durchführung der Projekte resultiert. Wie in der Vergangenheit erlebt, kann sich dies in Problemen bei den Gegenwertmitteln niederschlagen, d. h. in verzögerten Zahlungen seitens einzelner Andengemeinschaftsländer, die wiederum zu Verzögerungen bei der Projektdurchführung führen. Um dieses Risiko zu verringern, sollte die Eigenverantwortung für die regionalen Projekte so weit wie möglich sichergestellt werden, während die obligatorischen Zahlungen von Gegenwertmitteln so gering wie möglich gehalten werden sollten; ferner sollte geprüft werden, wie die Endbegünstigten stärker in die Projektentwicklung einbezogen werden können. Spezifischere Risiken können je Schwerpunktsektor ermittelt werden.

Im Bereich der regionalen Wirtschaftsintegration besteht die Gefahr, dass die Mitgliedsländer der Andengemeinschaft sich nicht ausreichend für Fortschritte engagieren, indem sie beispielsweise Entscheidungen über den gemeinsamen Außenzolltarif oder eine gemeinsame Zolltarifpolitik weiter aufschieben oder sich nicht an die Regeln des Cartagena-Abkommens halten. Ein weiteres Risiko könnten bilaterale Handelsverhandlungen einzelner Länder der Andengemeinschaft mit dritten Parteien darstellen, die sich negativ auf die regionale Andenintegration auswirken könnten. Hinzu kommen die jeweils unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Länder und die Gefahr, dass ein „Einheitskonzept“ aufgezwungen wird, das diesen Unterschieden nicht Rechnung trägt. Um dies zu vermeiden, sollte die Konzipierung und Durchführung von Projekten in diesem Bereich „maßgeschneidert“ werden.

Was den sozialen Zusammenhalt betrifft, so könnte es schwierig werden, ihn dauerhaft als Priorität auf der politischen Agenda zu halten und vor allem die Akzeptanz eines regionalen Konzepts auf diesem Gebiet zu gewährleisten. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, wird vorgeschlagen, – ohne die Bemühungen darauf zu beschränken – auf dem Integrierten Plan für die soziale Entwicklung aufzubauen, den die Außenminister der Andengemeinschaft verabschiedet haben. Die entsprechenden Initiativen werden zur Absicherung der Eigenverantwortung bei Projekten und zur größeren Sichtbarkeit der Andengemeinschaft als regionaler Einheit sowie der EU als Geberin in diesem Bereich beitragen.

Auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung besteht das Risiko weniger in einem unzureichenden Engagement seitens der Andengemeinschaftsländer, als in der enormen Vielschichtigkeit des Drogenproblems selbst und in der schwierigen Einigung auf gemeinsame Positionen und Aktionen, die wirksamer sind als einzelne nationale Maßnahmen, da drei Länder von der Produktion an sich betroffen sind und eines den Spill-over-Effekten und dem Risiko, selbst zum Erzeugerland zu werden, ausgesetzt ist.

6. REGIONALES RICHTPROGRAMM (RRP)

Für den Zeitraum 2007-2013 ist eine indikative Mittelzuweisung von 50 Mio. EUR vorgesehen.

6.1. Regionale Wirtschaftsintegration (DAC-Code: 331)

6.1.1. Allgemeines Ziel

Verstärkung des Grads der regionalen Wirtschaftsintegration, d. h. Schaffung eines voll funktionsfähigen gemeinsamen Andenmarktes, und Förderung der Verhandlungen zwischen EU und Andengemeinschaft über ein Assoziationsabkommen, einschließlich eines Freihandelsabkommens.

6.1.2. Spezifische Ziele

- Verstärkung der regionalen Wirtschaftsintegration durch Harmonisierung von Rechtsvorschriften und Vorgehensweisen oder deren gegenseitiger Anerkennung (in den Bereichen Waren und Dienstleistungen, Zoll, Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Auftragswesen sowie Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum)
- Steigerung des intraregionalen Handels mit Waren und Dienstleistungen sowie Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft
- Förderung von Verbesserungen im Zollwesen und Handelserleichterungen sowie Anerkennung internationaler Standards wie des von der WZO verabschiedeten Rahmens von Standards zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels (WCO Framework of Standards to Secure and Facilitate Global Trade)
- Steigerung der Attraktivität der Andengemeinschaft für ausländische Direktinvestitionen
- Unterstützung der Einbindung der Wirtschaft der Andengemeinschaft in die Weltwirtschaft
- Stärkung der institutionellen Kapazität der Andengemeinschaft und insbesondere ihres Generalsekretariats

6.1.3. Erwartete Ergebnisse

- Ein besser integrierter Markt mit weniger Hemmnissen für den freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr zwischen den Andenländern und einer besseren Integration der Andengemeinschaft als Ganzer in der Weltwirtschaft
- Zunahme des Handels sowohl innerhalb der Region als auch zwischen der EU und der Andengemeinschaft
- Mehr Investitionen in der Andengemeinschaft
- Bessere institutionelle Kapazität der Andengemeinschaft, einschließlich tragfähiger interner Regelungen und einer besseren Koordinierung zwischen den regionalen Institutionen und den CAN-Ländern

6.1.4. Programme zur Erreichung dieser Ziele und Art der zu gewährenden Unterstützung

Die Kooperationsmaßnahmen auf dem Gebiet der regionalen Wirtschaftsintegration würden:

1. die weitere Entwicklung der Politik und der Regelsetzung im Bereich der regionalen Wirtschaftsintegration sowie die Anwendung dieser Vorschriften und die Kontrolle der Anwendung durch die regionalen Andeninstitutionen und in den CAN-Ländern unterstützen; in diesem Kontext kann auch Hilfe gewährt werden zur Prüfung der Vereinbarkeit verschiedener Handelsabkommen, die die CAN-Länder mit Drittländern geschlossen haben (oder im Begriff sind zu schließen);
2. die finanzielle Unterstützung für ein Aktionsprogramm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsintegration ermöglichen und zur Förderung der Handelsverhandlungen im Kontext eines künftigen Assoziationsabkommens EU-CAN beitragen; entsprechende Maßnahmen (in deren Rahmen die Beteiligung des Privatsektors und insbesondere von KMU ausdrücklich gewünscht ist), die in enger Zusammenarbeit mit dem CAN-Generalsekretariat konzipiert werden, können auf nationaler Ebene durchgeführt werden.

6.1.5. Einbeziehung von Querschnittsthemen

Bei der Entwicklung von Projekten im Bereich der regionalen Wirtschaftsintegration muss unter anderem besonderes Augenmerk auf die Bereiche Energie, Verkehr, Beschäftigung, Gleichstellung von Männern und Frauen, Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, verantwortungsvolle Staatsführung und ökologische Nachhaltigkeit gerichtet werden. Die Umweltverträglichkeit wird erforderlichenfalls geprüft, und es wird ein angemessenes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz gefördert⁷. Die Zivilgesellschaft wird eng in die Ausarbeitung der Projekte einbezogen. Besondere Aufmerksamkeit muss möglicherweise der Erhebung statistischer Informationen und Verbund- bzw. Interoperabilitätsfragen gewidmet werden.

6.1.6. Finanzrahmen

40 % des RRP werden Kooperationsmaßnahmen in diesem Bereich zugewiesen.

6.1.7. Maßnahmen im Rahmen anderer Haushaltsinstrumente der EG für die Region

Bei vielen der regionalen Kooperationsmaßnahmen in der Andengemeinschaft liegt der Schwerpunkt auf der regionalen Wirtschaftsintegration, und zwar nicht nur bei den von der EG finanzierten Projekten, sondern auch bei denen anderer Geber wie beispielsweise der IADB. Darüber hinaus finanzieren die EG und die EU-Mitgliedstaaten oder andere Geber auf nationaler Ebene eine Reihe handelsbezogener Kooperationsmaßnahmen. Bei letzteren liegt der Schwerpunkt eher auf dem Handel als auf der regionalen Wirtschaftsintegration zwischen den Andenländern. Auf diesem Gebiet wurden bislang noch keinerlei Projekte aus einer spezifischen horizontalen Haushaltlinie finanziert.

⁷ Jedes Projekt mit möglicherweise nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt wird einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen. Um feststellen zu können, ob ein Projekt einer solchen Prüfung unterzogen werden muss, wird ein besonderes Screening-Verfahren angewandt.

6.2. Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt (DAC-Codes: 150, 160 und 400)

6.2.1. Allgemeines Ziel

Verstärkung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts in der Andengemeinschaft

6.2.2. Spezifische Ziele

- Förderung der weiteren Entwicklung einer umfassenden Sozialpolitik der Andengemeinschaft durch Ausarbeitung eines integrierten Konzepts für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, einschließlich der Armutsminderung, der sozialen Eingliederung, der Gleichstellung und der Schaffung von Arbeitsplätzen
- Förderung transnationaler und grenzübergreifender Projekte vor Ort, die den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt sowie die territoriale Entwicklung verstärken, und dadurch Anregung von Kontakten und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Mitgliedsländern der Andengemeinschaft in diesem Bereich
- Stärkung positiver Synergien zwischen sozialem Zusammenhalt und Umweltschutz durch Einbeziehung der nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen in Projekte zur Armutsminderung
- Stärkung der institutionellen Kapazität der Andengemeinschaft und insbesondere ihres Generalsekretariats

6.2.3 Erwartete Ergebnisse

- Die Politik auf dem Gebiet des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts rückt auf den regionalen und nationalen Agenden nach oben.
- Die Komplementarität der regionalen und nationalen Strategien für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt wird durch die Anregung transnationaler und grenzübergreifender Vor-Ort-Projekte gefördert und verstärkt.
- Die Beteiligung der Zivilgesellschaft am regionalen Andenintegrationsprozess und die Eigenverantwortung für Projekte werden verstärkt.
- Die Einbeziehung anderer Geber auf regionaler Andengemeinschaftsebene im Bereich des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts nimmt zu.
- Bessere institutionelle Kapazität der Andengemeinschaft, einschließlich tragfähiger interner Regelungen und einer besseren Koordinierung zwischen den regionalen Institutionen und den CAN-Ländern.

6.2.4. Programme zur Erreichung dieser Ziele und Art der zu gewährenden Unterstützung

Die Kooperationsmaßnahmen im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts auf regionaler Ebene würden

1. die weitere Entwicklung einer Politik des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts auf Andengemeinschaftsebene unterstützen, für die der erste Schritt im September 2004 mit der Annahme des Integrierten Andengemeinschaftsplans für die soziale Entwicklung (PIDS) unternommen wurde; dies kann technische Hilfe bei der Prüfung der Durchführbarkeit von Mechanismen beinhalten, die den sozialen

- Zusammenhalt und die territoriale Entwicklung fördern⁸; diese Politik sollte umfassend und nachhaltig sein und einen integrierten Ansatz fördern, der soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte umfasst; diese Unterstützung könnte in Form von technischer Hilfe für die Andeninstitutionen und/oder die nationalen Verwaltungen geleistet werden, die für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt zuständig sind (Politikunterstützung und Institutionenaufbau);
2. die finanzielle Unterstützung für ein Aktionsprogramm zur Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts (an dem mindestens zwei CAN-Länder beteiligt sind) ermöglichen; mit dieser finanziellen Unterstützung werden transnationale und/oder grenzübergreifende Projekte kofinanziert, die unter den PIDS oder eine weiter verfeinerte Strategie für sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt (und/oder die künftige Andenstrategie für territoriale Entwicklung) fallen.

6.2.5. Einbeziehung von Querschnittsthemen

Folgende Querschnittsthemen sind gebührend zu berücksichtigen: Menschenrechte, Gleichstellung von Männern und Frauen, Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, Kinderrechte, Kultur, verantwortungsvolle Staatsführung, Konfliktprävention/Krisenmanagement und Umwelt, einschließlich Verringerung der Gefahr von Naturkatastrophen (durch Unterstützung für die Umweltkomponente des PIDS und länder-/grenzübergreifende Projekte). Die Umweltverträglichkeit wird erforderlichenfalls geprüft, und es wird ein angemessenes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz gefördert⁹. Die Zivilgesellschaft wird eng in die Ausarbeitung der Projekte einbezogen. Besondere Aufmerksamkeit muss möglicherweise der Erhebung statistischer Informationen und Verbund- bzw. Interoperabilitätsfragen gewidmet werden.

6.2.6. Finanzrahmen

40 % des RRP werden Kooperationsmaßnahmen in diesem Bereich zugewiesen.

6.2.7. Maßnahmen im Rahmen anderer Haushaltsinstrumente der EG für die Region

Zahlreiche Kooperationsmaßnahmen einer Vielzahl von Gebern (EG, EU-Mitgliedstaaten, USA, IADB usw.) auf allen Ebenen (Lateinamerika, Andengemeinschaft, einzelne Länder) zielen direkt oder indirekt auf die Stärkung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts in der Region ab. Die Friedenslaboratorien in Kolumbien oder die von der EG in Bolivien finanzierten Projekte der alternativen Entwicklung sind Beispiele dafür, wie ein integriertes Entwicklungskonzept zum sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt beiträgt. Die meisten horizontalen Haushaltlinien z. B. in den Bereichen Migration, Menschenrecht und Umwelt, haben dasselbe Ziel.

⁸ Wie beispielsweise in der Erklärung von Lima zu Demokratie, Entwicklung und sozialem Zusammenhalt (Abschn. 16) vorgesehen, die im Juli 2005 von den Präsidenten der Andenländer angenommen wurde.

⁹ Siehe Fußnote 8.

6.3. Drogenbekämpfung (DAC-Code: 160)

6.3.1. Allgemeines Ziel

Unterstützung der Mitgliedsländer der Andengemeinschaft bei der Drogenbekämpfung

6.3.2. Spezifische Ziele

- Förderung eines umfassenden und integrierten Konzepts für die Drogenpolitik der Andenländer, mit dem der Rechtsvollzug, Verbote, die alternative Entwicklung sowie die Prävention, Behandlung und Reintegration angegangen werden
- Bereitstellung von Analysen und politischer Beratung zur Unterstützung der Regierungen bei der Drogenbekämpfung und Förderung der Komplementarität der regionalen und nationalen Drogenbekämpfungsstrategien
- Stärkung der institutionellen Kapazität der Andengemeinschaft und insbesondere ihres Generalsekretariats

6.3.3. Erwartete Ergebnisse

Intensivere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den CAN-Mitglieder bei der Drogenbekämpfung

Bessere institutionelle Kapazität der Andengemeinschaft, einschließlich tragfähiger interner Regelungen und einer besseren Koordinierung zwischen den regionalen Institutionen und den CAN-Ländern.

6.3.4. Programme zur Erreichung dieser Ziele und Art der zu gewährenden Unterstützung

Der genaue Gegenstand der Kooperationsmaßnahmen wird ausgehend von einer umfassenden Bedarfsbewertung und von Erörterungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft im Kontext des jährlichen hochrangigen Betäubungsmitteldialogs EU-Andengemeinschaft festgelegt. Die Kooperationsmaßnahmen könnten die Bereitstellung von technischer Hilfe (Transfer von Fachwissen von den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission sowie Austausch bewährter Vorgehensweisen auch durch NGO) sowie von Ausrüstung sowohl auf subregionaler CAN-Ebene als auch auf Ebene der CAN-Mitgliedsländer umfassen.

6.3.5. Einbeziehung von Querschnittsthemen

Besondere Aufmerksamkeit muss folgenden Querschnittsthemen gewidmet werden: Umwelt, Gleichstellung von Männern und Frauen, Kinder, Kultur, Konfliktprävention, verantwortungsvolle Staatsführung und Rechte indigener Bevölkerungsgruppen. Die Umweltverträglichkeit wird erforderlichenfalls geprüft, und es wird ein angemessenes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz gefördert¹⁰. Die Zivilgesellschaft wird eng in die Ausarbeitung der Projekte einbezogen. Besondere Aufmerksamkeit muss möglicherweise der Erhebung statistischer Informationen gewidmet werden.

¹⁰ Siehe Fußnote 8.

6.3.6. Finanzrahmen

20 % des RRP werden Kooperationsmaßnahmen in diesem Bereich zugewiesen. Die Zivilgesellschaft wird eng in die Ausarbeitung der Projekte einbezogen.

6.3.7. Maßnahmen im Rahmen anderer Haushaltinstrumente der EG für die Region

Eine Reihe von Kooperationsmaßnahmen sowohl auf Ebene jedes einzelnen Mitgliedslandes als auch auf Andengemeinschaftsebene sowie auf der Ebene Lateinamerika/Karibik betrifft bereits direkt oder indirekt das Drogenproblem. Ein Beispiel auf Andengemeinschaftsebene ist das Projekt zu chemischen Ausgangsstoffen, das aus der horizontalen Haushaltlinie für Drogenbekämpfung finanziert wird; ein weiteres Beispiel auf nationaler Ebene ist die Unterstützung für verschiedene Projekte der alternativen Entwicklung in mehreren Ländern der Region. Weitere Beispiele in dem Rahmen Lateinamerika/Karibik sind Initiativen zum Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und Städtepartnerschaften gegen Drogen zwischen EU- und Lateinamerika/Karibik-Ländern (einschließlich aller Andenländer) sowie Maßnahmen gegen den Handel mit Drogen über Westafrika (an denen verschiedene Andenländer beteiligt sein werden). Nicht nur die EG allein unterstützt die Andenländer bei der Drogenbekämpfung, auch die EU-Mitgliedstaaten fördern Kooperationsmaßnahmen in diesem Bereich, wenn auch eher auf nationaler Ebene. Die Kooperationsmaßnahmen der USA in diesem Bereich sind ebenfalls sehr umfangreich.

6.4. Zeitplan für die Durchführung

Regionales Richtprogramm I: 65 % des Gesamtbudgets

Regionales Richtprogramm II: 35 % des Gesamtbudgets – im Jahr 2010 zu programmieren

	2007	2008	2009	2010	2007-2010 Gesamt für RRP I	2011-2013 Gesamt für RRP II
Regionale Wirtschaftsintegration		20 %		20 %	40 %	
Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt	20 %		20 %		40 %	
Drogenbekämpfung		10 %		10 %	20 %	
					100 %	

ANNEXES

- Annex 1: The Andean Community at a glance*
- Annex 2: The Andean Integration System*
- Annex 3: Andean Community data profile*
- Annex 4: Overview EC Cooperation CAN*
- Annex 5: Regional environmental profile*

ANNEX 1: THE ANDEAN COMMUNITY ‘AT A GLANCE’

Country:					
Area:	1.098.580 sq km	1.138.910 sq km	283.560 sq km	1.285.220 sq km	3.806.270 sq km
Population:	9.227.000	42.954.279	13.363.593	27.925.628	94.470.500
Growth rate:	1.5%	1.5%	1.6%	1.5%	-
Infant mortality rate:	53.1/1000	21.0/1000	23.7/1000	26/1000	-
Life expectancy:	65.5;	71.7	76.2	70	-
Languages:	Spanish (official), Quechua (official), Aymara (official)	Spanish	Spanish (official), Quechua, other Amerindian languages	Spanish, Quechua (both official); Aymara; many minor Amazonian languages	-
Ethnicity/race:	Quechua 30%, mestizo 30%, Aymara 25%, white 15%	mestizo 58%, white 20%, mulatto 14%, black 4%, mixed black-Amerindian 3%, Amerindian 1%	mestizo (mixed Amerindian and white) 65%, Amerindian 25%, Spanish 7%, black 3%	Amerindian 45%, mestizo 37%, white 15%, black, Japanese, Chinese and other 3%	-
Religion:	Roman Catholic 95%, Protestant (Evangelical Methodist) 5%	Roman Catholic 90%	Roman Catholic 95%	Roman Catholic 90%	-
Literacy rate:	87% (2003 est.)	94%	93% (2003 est.)	88%	-
Natural resources:	tin, natural gas, petroleum, zinc, tungsten, antimony, silver, iron, lead, gold, timber, hydropower.	petroleum, natural gas, coal, iron ore, nickel, gold, copper, emeralds, hydropower.	petroleum, fish, timber, hydropower.	copper, silver, gold, petroleum, timber, fish, iron ore, coal, phosphate, potash, hydropower, natural gas.	-
Unemployment:	13.6%.	11.1%, underemployment 47%.	9.6% in metropolitan Lima; widespread underemployment.	US., EU, China, Chile, Brazil, Japan, Colombia, Switzerland	-
Major trading partners:	Brazil, US., EU, Argentina, Colombia, Peru, Venezuela, Chile	US., EU, Venezuela, Ecuador, Mexico, Japan, Brazil, China	US., EU, Colombia, Venezuela, Korea, Japan, Chile, Brazil	US., EU, Brazil, China, Japan, Mexico	-

Sources: World Bank: Global Data Information System, UN Statistics Division – Common Database, Information Please® Database; Wikipedia, the free encyclopaedia, Andean Community web., (all data 2004 unless specified)

ANNEX 2: THE ANDEAN INTEGRATION SYSTEM



ANNEX 3: ANDEAN COMMUNITY DATA PROFILE

1. Selected social indicators

1.1 Indicators related to the Millennium Development Goals

	BOLIVIA		COLOMBIA		ECUADOR		PERU	
	2000	2003	2000	2003	2000	2003	2000	2003
Percentage share of income or consumption held by poorest 20%	4.0	..	2.7	2.9	..
Population on below \$1 a day (%)	14.4	..	8.2	18.1	..
Population below minimum level of dietary energy consumption (%)	..	21.0	..	13.0	..	4.0	..	13.0
Poverty gap ratio at \$1 a day (incidence x depth of poverty)	5.3	..	2.2	9.1	..
Poverty headcount, national (% of population)	62.7	..	64.0
Prevalence of underweight in children (under five years of age)	6.7	7.1	..
Net primary enrolment ratio (% of relevant age group)	95.0	95.1	88.5	87.4	99.4	99.5	99.9	99.7
Primary completion rate, total (% of relevant age group)	98.0	101.0	91.0	88.0	100.0	100.0	104.0	102.0
Proportion of pupils starting grade 1 who reach grade 5	78.0	..	60.9	..	78.0	..	86.1	..
Youth literacy rate (%, ages 15-24)	97.3	97.6	96.4	96.8
Proportion of seats held by women in national parliament (%)	12.0	19.0	12.0	12.0	17.0	16.0	11.0	18.0
Ratio of girls to boys in primary and secondary education (%)	97.5	97.9	103.7	103.7	100.6	100.4	97.0	97.1
Ratio of young literate females to males (%, ages 15-24)	97.5	101.7	100.1	97.8
Share of women employed in the	35.8	36.5	48.8	48.8	40.2	41.1	33.3	37.2

nonagricultural sector (%)								
Immunisation, measles (% of children aged 12-23 months)	74.0	64.0	75.0	92.0	84.0	99.0	97.0	95.0
Infant mortality rate (per 1,000 live births)	59.0	53.0	20.0	18.0	27.0	24.0	32.0	26.0
Under-5 mortality rate (per 1,000)	75.0	66.0	24.0	21.0	32.0	27.0	42.0	34.0
Births attended by skilled health staff (% of total)	68.8	65.0	86.4	..	91.3	..	59.3	..
Maternal mortality ratio (modelled estimate, per 100,000 live births)	420.0	..	130.0	..	130.0	..	410.0	..
Contraceptive prevalence rate (% of women aged 15-49)	..	58.0	76.9	..	65.8	..	68.9	..
Incidence of tuberculosis (per 100,000 people)	238.8	225.3	53.5	52.3	151.1	138.4	223.0	187.6
Number of children orphaned by HIV/AIDS
Prevalence of HIV, total (% of population aged 15-49)	0.1	0.1	0.5	0.7	0.3	0.3	0.4	0.5
Tuberculosis cases detected under DOTS (%)	72.3	71.1	83.0	7.3	5.3	36.9	87.1	81.1
Access to an improved water source (% of population)	..	85.0	..	92.0	..	86.0	..	81.0
Access to improved sanitation (% of population)	..	45.0	..	86.0	..	72.0	..	62.0
Access to secure tenure (% of population)
CO2 emissions (tonnes per capita)	1.3	..	1.4	..	2.0	..	1.1	..
Forest area (% of total land area)	48.9	..	47.8	..	38.1	..	50.9	..
GDP per unit of energy use (\$2000 PPP per kg oil equivalent)	4.0	4.8	9.3	10.0	5.0	4.8	9.8	10.7
Nationally protected areas (% of total land area)	..	13.4	..	10.2	..	18.3	..	6.1
Aid per capita (current US\$)	57.1	105.5	4.4	18.0	11.8	13.5	15.5	18.4
Debt service (% of exports)	37	40	41	69	36	39

Fixed line and mobile phone subscribers (per 1.000 people)	133.2	224.4	223.3	320.6	135.0	311.6	116.6	173.1
Internet users (per 1.000 people)	14.6	<i>32.4</i>	20.7	52.5	14.2	46.0	31.2	103.9
Personal computers (per 1.000 people)	17.1	<i>22.8</i>	35.4	<i>49.3</i>	21.7	<i>31.1</i>	40.9	<i>43.0</i>
Unemployment, youth female (% of female labor force aged 15-24)	10.4	..	40.7	..	18.1	..	13.6	..
Unemployment, youth male (% of male labor force aged 15-24)	7.0	..	31.9	..	10.5	..	13.7	..
Unemployment, youth total (% of total labor force aged 15-24)	8.5	..	36.3	..	13.5	..	13.6	<i>15.2</i>

Source: World Development Indicators database, April 2005 (figures in italics refer to periods other than those specified)

1.2 Others

	BOLIVIA		COLOMBIA		ECUADOR		PERU	
	2000	2003	2000	2003	2000	2003	2000	2003
Human Development Index *	0.672	0.687	0.773	0.785	0.759	0.762
Bolivia ranked 113 in the total of 177 countries included in the HDR			Colombia ranked 69 in the total of 177 countries included in the HDR		Ecuador ranked 82 in the total of 177 countries included in the HDR		Peru ranked 79 in the total of 177 countries included in the HDR	
Gender-related Development Index **	-	0.679	-	0.780	-	-	-	0.745
Bolivia ranked 89 in the total of 177 countries included in the HDR			Colombia ranked 55 in the total of 177 countries included in the HDR				Peru ranked 67 in the total of 177 countries included in the HDR	

Source: UN Human Development Report 2005

* The HDI – human development index – is a summary composite index that measures a country's average achievements in three basic aspects of human development: longevity, knowledge, and a decent standard of living. Longevity is measured by life expectancy at birth; knowledge is measured by a combination of the adult literacy rate and the combined primary, secondary, and tertiary gross enrolment ratio; and standard of living by GDP per capita (PPP US\$).

** The GDI – gender-related development index – is a composite indicator that measures the average achievement of a population along the same dimensions as the HDI while adjusting for gender inequalities in the level of achievement in the three basic aspects of human development. It uses the same variables as the HDI, disaggregated by gender.

2. Selected economic, finance and trade indicators

2.1 Economic and finance indicators

	BOLIVIA		COLOMBIA		ECUADOR		PERU	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
GNI, Atlas method (current US\$)	8.1 billion	8.7 billion	81.7 billion	90.6 billion	23.8 billion	28.8 billion	58.2 billion	65.0 billion
GNI per capita, Atlas method (current US\$)	920.0	960.0	1,830.0	2,000.0	1,830.0	2,180.0	2,140.0	2,360.0
GDP (current \$)	8.1 billion	8.8 billion	80.0 billion	97.4 billion	27.2 billion	30.3 billion	60.6 billion	68.4 billion
GDP growth (annual %)	2.8	3.6	4.0	4.0	2.7	6.6	3.8	5.1
GDP implicit price deflator (annual % growth)	6.1	8.5	8.2	7.0	9.0	4.4	2.2	5.4
Inflation rate (%)*	3,3	4,4	7,1	5,9	7,9	2,7	2,3	3,7
Value added in agriculture (% of GDP)	14.9	..	12.3	12.6	7.7	7.5	10.3	10.1
Value added in industry (% of GDP)	30.1	..	29.4	0.0	28.7	29.9	29.3	29.7
Value added in services (% of GDP)	55.1	..	58.3	87.4	63.6	62.6	60.4	60.2
Foreign direct investment, net inflows in reporting country (current US\$)	166.8 million	..	1.7 billion	..	1.6 billion	..	1.4 billion	..
Present value of debt (current US\$)	2.9 billion	..	36.3 billion	..	18.7 billion	..	33.2 billion	..
Total debt service (% of exports of goods and services)	20.9	..	43.7	..	27.9	..	21.6	..
Short-term debt outstanding (current US\$)	116.0 million	..	3.6 billion	..	1.8 billion	..	2.5 billion	..

Source: World Bank: World Development Indicators database, August 2005

* Source: IMF, delivered by DG Trade website

2.2 Trade indicators

2.2.1 Exports within the Andean Community (2005)

Exports within the Andean Community (million dollars)				
	2003	2004	2005	2005/2004
Andean Community	2 908.3	3 384.6	4 300.4	27.1%
Bolivia	261.5	262.9	257.8	-1.9%
Colombia	1 212.2	1 614.5	1 991.7	23.4%
Ecuador	1 000.4	906.2	1 252.2	38.2%
Peru	434.2	601.1	798.8	32.9%

Source: IMF

**Table of exports within the Andean Community
(2005, million dollars)**

Exporting Country	Country of Destination				Andean Community	Share (%)	Total to the World
	Bolivia	Colombia	Ecuador	Peru			
Bolivia	-	143	6	108	258	6.0%	2 447
Colombia	52	-	1 207	733	1 992	46.3%	21 640
Ecuador	11	354	-	887	1 252	29.1%	11 961
Peru	155	348	295	-	799	18.6%	16 971
					4 300	100.0%	53 019

Source: IMF

2.2.2 Exports outside the Andean Community (2005)

Exports outside the Andean Community (million dollars)				
	2003	2004	2005	2005/2004
Andean Community	26 583.9	35 377.1	48 718.8	37.7%
Bolivia	1 415.1	1 991.3	2 189.6	10.0%
Colombia	11 861.4	15 038.4	19 648.2	30.7%
Ecuador	5 030.1	6 719.8	10 708.8	59.4%
Peru	8 277.4	11 627.7	16 172.2	39.1%

Source: IMF

2.3 EU – Andean Community Trade indicators

2.3.1 European Union, trade with Andean Community (in millions of euros)

Year	Imports	Yearly % change	Share of total EU imports	Exports	Yearly % change	Share of total EU exports	Balance	Imports+ Exports
2000	5 408		0.54%	3 703		0.43%	-1 705	9 110
2001	5 922	9.5%	0.60%	4 152	12.1%	0.47%	-1 770	10 074
2002	6 130	3.5%	0.65%	3 963	-4.6%	0.44%	-2 167	10 093
2003	6 013	-1.9%	0.64%	3 868	-2.4%	0.44%	-2 145	9 881
2004	6 811	13.3%	0.66%	3 700	-4.3%	0.38%	-3 111	10 511
2005	7 239	6.3%	0.61%	4 553	23.1%	0.43%	-2 687	11 792
4m 2005	2 363		0.66%	1 340		0.42%	-1 023	3 703
4m 2006	2 663	12.7%	0.61%	1 584	18.2%	0.44%	-1 078	4 247
Average annual growth (%)		6.01%			4.22%			5.30%

Source: Eurostat (Comext)

2.3.2 Andean Community, trade with European Union (in millions of euros)

Year	Imports	Yearly % change	EU Share of total imports	Exports	Yearly % change	EU Share of total exports	Balance	Imports+ Exports
2000	4 118		15.15%	4 735		16.03%	617	8 854
2001	4 778	16.0%	15.40%	5 188	9.6%	17.75%	409	9 966
2002	4 783	0.1%	15.60%	5 068	-2.3%	18.15%	285	9 852
2003	4 473	-6.5%	16.42%	4 666	-7.9%	17.89%	194	9 139
2004	4 556	1.9%	15.40%	5 130	9.9%	16.45%	574	9 686
2005	5 015	10.1%	13.71%	6 980	36.1%	16.32%	1 965	11 995
Average annual growth (%)		4.02%			8.07%			6.26%

Source: IMF

2.3.3 Andean Community's trade balance with main partners (2005)

The major import partners			The major export partners			The major trade partners					
	Partners	Mio euros		Partners	Mio euros		Partners	Mio euros			
	World	36 589	100.0%	World	42 765	100.0%	World	79 353	100.0%		
1	USA	8 741	23.9%	1	USA	16 033	37.5%	1	USA	24 774	31.2%
2	EU25	5 015	13.7%	2	EU25	6 980	16.3%	2	EU25	11 995	15.1%
3	Brazil	2 695	7.4%	3	Venezuela	2 166	5.1%	3	Venezuela	4 302	5.4%
4	China	2 263	6.2%	4	China	1 713	4.0%	4	China	3 976	5.0%
5	Venezuela	2 135	5.8%	5	Panama	1 454	3.4%	5	Brazil	3 962	5.0%
6	Colombia	1 764	4.8%	6	Peru	1 396	3.3%	6	Chile	2 673	3.4%
7	Mexico	1 737	4.7%	7	Chile	1 376	3.2%	7	Mexico	2 578	3.2%
8	Japan	1 497	4.1%	8	Canada	1 282	3.0%	8	Colombia	2 446	3.1%
9	Argentina	1 442	3.9%	9	Brazil	1 266	3.0%	9	Ecuador	2 417	3.0%
10	Chile	1 296	3.5%	10	Ecuador	1 219	2.9%	10	Japan	2 407	3.0%
11	Ecuador	1 198	3.3%	11	Japan	910	2.1%	11	Peru	2 090	2.6%
12	South Korea	1 008	2.8%	12	Mexico	840	2.0%	12	Canada	1 896	2.4%
13	Peru	694	1.9%	13	Switzerland	828	1.9%	13	Argentina	1 686	2.1%
14	Canada	614	1.7%	14	Colombia	682	1.6%	14	Panama	1 553	2.0%
15	India	321	0.9%	15	South Korea	470	1.1%	15	South Korea	1 478	1.9%
16	Switzerland	305	0.8%	16	Dominican R.	462	1.1%	16	Switzerland	1 133	1.4%
17	Bolivia	301	0.8%	17	Russia	411	1.0%	17	Russia	554	0.7%
18	Thailand	253	0.7%	18	Costa Rica	248	0.6%	18	Bolivia	477	0.6%
19	Angola	232	0.6%	19	Argentina	243	0.6%	19	Dominican R.	470	0.6%
20	Malaysia	186	0.5%	20	Guatemala	205	0.5%	20	India	414	0.5%

Source: IMF

2.3.4 European Union, Imports from Andean Community by product grouping (millions of euros)

SITC Rev. 3 Product Groups	2001	%	2003	%	2005	%	Share of total EU imports
Total	5 922		6 013		7 239	100.0%	0.61%
Primary products	4 447	75.1%	4 371	72.7%	6 454	89.1%	1.67%
of which:							
Agricultural products	2 982	50.4%	3 027	50.3%	3 846	53.1%	4.76%
Energy	920	15.5%	782	13.0%	1 300	18.0%	0.51%
Manufactured products	629	10.6%	750	12.5%	733	10.1%	0.10%
of which:							
Machinery	67	1.1%	87	1.4%	47	0.6%	0.02%
Transport equipment	4	0.1%	92	1.5%	17	0.2%	0.02%
of which:							
Automotive products	2	0.0%	1	0.0%	1	0.0%	0.00%
Chemicals	54	0.9%	89	1.5%	85	1.2%	0.09%
Textiles and clothing	162	2.7%	132	2.2%	150	2.1%	0.21%

Source: Eurostat (Comext)

2.3.5 European Union, Exports to Andean Community by product grouping (millions of euros)

SITC Rev. 3 Product Groups	2001	%	2003	%	2005	%	Share of total EU exports
Total	4 152		3 868		4 553		0.43%
Primary products	343	8.3%	290	7.5%	331	7.3%	0.26%
of which:							
Agricultural products	259	6.2%	244	6.3%	254	5.6%	0.41%
Energy	34	0.8%	9	0.2%	12	0.3%	0.03%
Manufactured products	3 665	88.3%	3 439	88.9%	3 841	84.4%	0.44%
of which:							
Machinery	1 328	32.0%	1 215	31.4%	1 753	38.5%	0.57%
Transport equipment	378	9.1%	504	13.0%	327	7.2%	0.20%
of which:							
Automotive products	266	6.4%	162	4.2%	217	4.8%	0.20%
Chemicals	962	23.2%	844	21.8%	908	19.9%	0.56%
Textiles and clothing	112	2.7%	80	2.1%	74	1.6%	0.22%

Source: Eurostat (Comext)

ANNEX 4
OVERVIEW COOPERATION CAN

EC Cooperation

	<u>EC Cooperation 2000-2002</u>	<u>EC Cooperation 2002-2006</u>	<u>Horizontal budget lines 2000-2006</u>
<i>Customs (Granadua)</i>	€1.9 million*		
<i>Quality infrastructure (Calidad)</i>	€2.3 million*		
<i>Competition (Competencia)</i>	€2 million*		
<i>Disaster prevention (PREDECAN)</i>		€ 9.45 million*	
<i>Statistics (ESTADISTICAS)</i>		€ 5 million*	
<i>Trade-related technical assistance I (TRTA I)</i>		€ 4 million*	
<i>Trade-related technical assistance II, Part 1 (TRTA II, part 1)</i>		€ 950.000*	
<i>Trade-related technical assistance II, Part 2 (TRTA II, part 2)</i>		€ 3.05 million*	
<i>Civil society (SOCIEDAD CIVIL)</i>		€ 4.1 million*	
<i>Synthetic drugs (DROGAS SINTETICAS)</i>		€2.55 million*	
<i>Drugs budget line (PRECAN)</i>			€1.6 million
<i>Human Rights and Democracy budget line</i>			€11.4 million
<i>Human Rights and Democracy budget line</i>			€1 million
<i>Humanitarian Aid budget line (DIPECHO 3)</i>			€4 million
<i>Humanitarian Aid budget line (DIPECHO 4)</i>			€4,5 million
<i>Actions relating to Anti-personnel Landmines budget line</i>			€1 million

* : EC contribution

ANNEX 5 REGIONAL ENVIRONMENTAL PROFILE¹¹

- 1. Geography and climate**
- 2. Management of natural resources**
- 3. Quality of natural resources**
- 4. Environmental policy: legislative and institutional framework**
- 5. Environmental cooperation**
- 6. Recommendations**

1. Geography and climate

The Andean mountain range is the most important geographica feature and ecosystem which the Member States of the Andean Community have in common (hence the name of the Community). The Amazon basin, although usually associated with Brazil, is the second most noteworthy common feature of the geography of these countries; almost half of its surface area falls within the Andean countries which contain the upper watersheds of the River Amazon. Apart from these common features, however, there is enormous geographical and climatic diversity within this large area.

Bolivia is the southernmost of the five Andean countries, with a surface area of 1 098 581 km². Situated between the 9° and 23° South parallels, it belongs to the tropical zone. However, the presence of the Andean cordillera makes for great variations in climate and eco-systems. Temperatures and rainfall increase gradually from west to east, in line with the topography. Humidity rises from south to north, both in the mountains and on the eastern plains. The rainy season varies greatly in length: it is up to 11 months long in Chapare and less than one month in the southern part of the high plateau ('altiplano'). The country is usually seen as divided into two large areas: the Andean highlands (414 574 km²) and the eastern lowlands (684 007 km²). These can be further subdivided into six natural regions:

- *High mountains* (altitudes above 4 400 m);
- *The Puna region* (mountain plateau – 'puna'; 3 400 – 4 400 m);
- The Yungas region (eastern mountain slopes with forests, 1 500 – 3 400 m);
- *Inter-Andean ranges and valleys* (1 800 – 2 800 m);
- *Sub-Andean belt* (humid and semi-humid Andean forest);
- *The Beni and Pando plains* (north-northwest – below 500 m);
- *The south-eastern plains* (semi-humid and semi-arid, including Chaco).

Peru is the largest of the Andean countries (1 285 000 km²). Its topography is dominated by the Andean cordillera, which crosses the country from north to south, creating three main geographical features: the Pacific coast, the mountains and the Amazon forest. Hydrographically, the country has three main systems: the Pacific, the Amazon and Lake Titicaca.

- *The Pacific coast* is mostly a rather narrow strip of land between the mountains and the sea and has an arid and semi-arid climate, with hot days and cold nights. This area

¹¹ This Annex is based on a study financed by the European Commission and presented by ORGUT Consulting AB, which for the pre-programming exercise carried out a desk and field analysis to assess the state of the environment in the Andean Community countries – their report dates from February 2005 and can be consulted on the Europa website (Andean Community pages). The study does not necessarily reflect the opinion of the European Commission.

- occupies about 10% of the total surface area and contains most of the country's population and industry.
- *The mountains* reach altitudes well over 6 000 metres above sea level. In the southeast, Peru shares the same high plateau as Bolivia. The mountain region occupies about 30% of the total surface area. The climate varies enormously from the very cold mountain tops to hot valleys and from sub-humid to semi-arid conditions. The rainfall ranges from 500 to 1000 mm/year.
- *The Amazon forest* covers about 60 % of the surface area and consists mainly of dense natural forest. The climate is sub-tropical humid to tropical humid with rainfall ranging from 1 500 to 7 000 mm/year.

Ecuador, with a surface area of 285 000 km², is much smaller than any of the other Andean countries, but nevertheless contains great geographic and ecological diversity. Its topography is, in general terms, very similar to that of Peru: Andean cordillera, coastal area and Amazon forest. To this, however, must be added a unique island region (the Galápagos islands).

Colombia has a surface area of 1 141 748 km² (very similar to Bolivia). It is also marked by the Andes, which are split here into three ranges, separated by the rivers Magdalena and Cauca. There are four main watersheds: the Pacific, the Caribbean, the Orinoco basin and the Amazon basin. The country can be seen as divided into six natural regions: the Caribbean; the Pacific; the Andean region; the Amazon; the Orinoco region and the islands (Margarita Island and others).

2. Management of natural resources

Water

The **Andean region** as a whole is, at present, comparatively well endowed in terms of water supply. However, the water is very unevenly distributed and as demographic pressure increases and economic activities grow, competition for resources may arise, both between different user groups and countries and between consumers in upstream and downstream stretches of river basins. These two aspects coincide in many cases, since there are many bi-national basins. For instance, many rivers start in Ecuador and then flow into Peru and Colombia. And, of course, even more rivers start in all the Andean countries and end in Brazil (the River Amazon).

For the time being, the issue of water quality seems to be of more immediate concern in these countries than the matter of quantity.

Soils and agriculture

Soil erosion is one of the most serious environmental problems in all the Andean countries. It increases the risk of natural disasters and dramatically reduces the prospects for agriculture which is still an important sector in the region. The table below gives a comparative overview of the situation.

HUMAN-INDUCED LAND DEGRADATION

Country	None %	Light %	Moderate %	Severe %	Very severe %	Cause	Type
Bolivia	51	11	9	23	6	O, D	W,N,C
Peru	20	26	21	32	1	D,O	W,C
Ecuador	5	66	23	2	4	D	W,C
Colombia	10	53	19	18	0	D,O	W,C

D = deforestation

C = chemical deterioration

O = overgrazing

N = wind erosion

W = water erosion

Source: REP, ORGUT, Feb. 2005

Some interesting similarities and differences between the countries can be noted from this table. In all of them, deforestation is one of two main causes of erosion. The other is overgrazing in some of the countries. Half of Bolivia is still unaffected by land degradation, while Ecuador has next to no problem of this kind.

Soils and illicit cultivations

The problem of coca cultivation in Bolivia, Peru and Colombia is another well-known Andean issue. Coca growing (and more recently opium poppy growing in Colombia) is usually thought of as a problem related only to illegal drug production, traffic and consumption, combined with crime, guerrillas and social and public health problems. There seems to be much less awareness of the effect which cultivation of this crop has on the environment.

The main environmental effect of coca and poppy growing in **Colombia** is deforestation (see the table below) with consequent damage to water, soil and biodiversity.

COLOMBIA. DEFORESTATION CAUSED BY COCA AND OPIUM POPPY CULTIVATION			
Year	Ha deforested for coca (cumulative)	Ha deforested for poppy (cumulative)	Ha deforested for marijuana
1993	179.110	57.500	64.446
1994	214.947	76.906	8.910
1995	265.473	98.217	8.895
1996	325.649	122.294	7.479
1997	430.732	150.039	7.500
1998	537.777	181.601	7.500
1999	661.568	218.328	7.500
2000	800.478	260.422	3.000

Source: REP, ORGUT, Feb. 2005

Preparation of land for illicit cultivation involves burning and carbonising biomass, which adds to greenhouse gas emissions and river sedimentation. The cultivation process requires pesticides and fertilisers and an estimated 200000 gallons of herbicides and 16 000 tonnes of chemical fertilisers

are used every year, ending up in the soil and water. Processing of coca into cocaine needs acetone, hydrochloric acid, ethylic ether and potassium permanganate, which also have a negative effect on ecosystems. It has been calculated that some 750 000 tonnes of all these chemicals have been deposited in the Colombian tropical forest over the last 14 years. Fumigation to destroy coca crops further compounds the damage.

There are similar problems in **Peru** and **Bolivia**. In these cases, soil erosion caused by coca growing appears proportionately even more serious, since much of the cultivation here is on fairly steep slopes, which is less common in Colombia.

Forest

The latest official data on forest and deforestation in the Andean countries are shown in the table below. They have to be taken with some caution, because they are already five years old and the situation in some areas is changing very rapidly. In the case of Ecuador, for instance, the table suggests an annual deforestation rate of 1.2%, while some local sources are now talking of up to 2%.

DEFORESTATION IN THE ANDEAN COUNTRIES

Country	Land area	Forest area, 2000			Forest cover change 1990-2000	
		Total forest (000 ha)	% of land area	Forest plantations (000 ha)	Annual change (000 ha)	Annual rate of change %
Bolivia	108 438	53 068	48.9	46	- 161	- 0.3
Peru	128 000	65 215	50.9	640	- 269	- 0.4
Ecuador	27 684	10 557	38.1	167	- 137	- 1.2
Colombia	103 871	49 601	47.8	141	- 190	- 0.4
Total for region	367 993	178 441	46.425	994	757	-0.575

Source: REP, ORGUT, Feb. 2005

Even though these data might not be completely accurate, it is still quiet clear that all the Andean countries are suffering from serious deforestation. The worst case is Ecuador; it has the lowest proportion of forest land for quite some time and the highest annual rate of deforestation (more than three times that of the other countries). Bolivia can be considered the best case, for the opposite reasons. Total forest plantations in the Andean region cover an area equivalent to only two years' loss of natural forest; but it must be added that most of the deforestation is hitting tropical forests while plantations (e.g. pine and eucalyptus) are industrial and do not have the same environmental value.

The causes of deforestation are, in general terms, the same in all the Andean countries, but the legislation and protection, management and use of the forest resources are quite different from one country to another.

Biodiversity

All the countries of the Andean Community are among the 10 countries in the world with the greatest biodiversity (mega-biodiversity).

In **Bolivia**, 254 plant species are at risk according to the National Biodiversity Strategy. The IUCN Red List (2002) contains 70 plant species. **Peru** has 110 endemic bird species and more than 5 000 endemic plant species. **Ecuador** is third on the world list of countries with the most species of amphibians and also third with regard to birds. **Colombia** has two of the world's most important environmental "hot spots": the tropical Andes and the bio-geographical Chocó. It has the largest number of bird species of any country in the world – 1 721. At present, 112 of them are endangered. More than 1000 native plant species and 24 bird and mammal species are on the verge of extinction.

The causes behind the loss of biodiversity are, in principle, the same in all these countries. The inroads made by agriculture, felling of forests and contamination by oil, mining and other economic activities are destroying and reducing habitats. Fishing, hunting and illegal trade in all kinds of biodiversity must be added to these.

Another common trait among the Andean countries is the existence of numerous and large protected areas. In **Bolivia** there are a total of 40 legally protected areas – but mostly without management. The National System of Protected Areas consists of 20 important areas, covering a total of 176 000 km², which is equivalent to 16% of the entire country. Most of these areas are inhabited by indigenous and peasant communities (a total of 70 000 inhabitants). **Peru** has a complex system of protected areas formed by 10 national parks, 9 national reserves, 6 national sanctuaries, 4 historical sanctuaries, 6 protected forests, 3 communal reserves, 2 hunting reserves, 1 landscape reserve and 13 reserved zones. These comprise the national system of natural areas protected by the state (SINANPE). **Ecuador** has 27 protected areas, covering 19,5% of the country. The situation is similar in **Colombia**.

Unfortunately, a very large proportion of the protected areas in the Andean countries are protected only in theory but not in practice. The widespread poverty in these countries forces people to harness protected resources and the lack of general environmental education and awareness does not help to avoid this. The paucity of government institutions, which lack strength and coordination leads to an absence of effective control and law enforcement. There is a lack of qualified human resources to carry out programmes and projects, of political will to allocate financial resources, decentralise power and open the way for community participation and of general awareness of the environment and sustainable development in both the public and private sector. It should also be pointed out that many protected areas are inhabited or surrounded by indigenous peoples. The general social exclusion of these populations is another factor that contributes to the vulnerability of such areas.

However, there is increasing concern about biodiversity (and the environment in general) in the Andean countries. All of them, individually, have a biodiversity strategy and so does the Andean Community.

Coasts and seas

All the Andean countries, except Bolivia, have very long stretches of coast: Peru and Ecuador on the Pacific and Colombia on the Pacific and the Caribbean. The diversity of situations and problems makes it impossible to take any truly regional approach to the subject.

Peru has the second longest coastline in the CAN (3 080 km) and 790 000 km² of territorial waters. Within these, Peru has the most productive marine environment in the world, due to the Humboldt current. One of the main threats to the coastal areas is the concentration of population

here). At present, 57% of the total population is located within an area of up to a 100 km inland from the coastline, producing a considerable amount of domestic, municipal and industrial contamination. Peru discharges about 435 million m³ of domestic waste annually along the coast, of which 128 200 tonnes are organic. Peru is also the second largest producer of fishmeal, and the fish industry has contributed heavily to the coastal pollution and to depletion of the species used, due to unsustainable fishing practices. Mariculture is becoming an important activity along the northern part of the coast and has potential for further development. However, some problems have affected both production (viral disease) and the environment (environmental impact in mangrove areas). The total area occupied by mariculture is about 4 000 to 5000 ha.

The Galápagos Archipelago in the Pacific, which belongs to **Ecuador** can be considered the most noteworthy and important component of the coastal and sea areas in the Andean countries, in view of its unique ecosystems, biodiversity, endemic species, tourist value, etc. It is probably one of the best-known nature reserves in the world. Galápagos is a UNESCO World Natural Heritage Site. 97% of the surface area of the islands is as a national park (established in 1959), and 133.000 km² of the surrounding sea has been declared a marine reserve (1986). The Ecuadorean Constitution recognises the need to restrict free settlement, residence, property rights and trade in the islands for conservation purposes. The corresponding Law on the Special Regime for the Conservation and Sustainable Development of the Galápagos Province was promulgated in 1998. To date, however, this law seems to have had no practical effect on development in the Galápagos.

In **Colombia** there are two very different coastal areas with totally different situations and problems. The Pacific coast forms the Chocó region, which contains one of the last pristine stretches of coast in tropical America. However, it has been coming under increased pressure for a decade or two. The Government, with international cooperation, has drawn up ambitious development plans for the region and private operators are also interfering more and more. Oil palm plantations are spreading both here and on the Ecuadorean side of the border. Deforestation and loss of biodiversity are two of the main consequences. The Caribbean coast of Colombia (and of Venezuela) is part of the Caribbean region where sedimentation and pollution are the biggest problems: the sediment load in coastal waters totals more than 10 million tonnes per year; excessive use of fertiliser boosts algal population growth and eutrophication in coastal lagoons; between 80 and 90% of waste waters are discharged without treatment.

3. Quality of the environment

Air pollution

Air pollution is a serious problem in many of the large and medium-sized cities in the Andean countries.

In the case of **Bolivia**, very little precise information is available on air pollution, since there is no institution to carry out any monitoring. The impression, however, is that the level of air pollution in the big cities is still low in comparison with that in other countries on the continent, one reason being the stable wind patterns which blow away the contamination. However, industry produces some pollution; oil refineries and mineral processing plants emit arsenic, antimony and sulphurous anhydride, and mining operations produce aluminium and silicon dust. The widespread Bolivian habit of clearing land by burning has taken on such proportions that it has even become an air pollution problem.

The air quality in many **Peruvian** cities is far below standard due to the concentration of industries and, even more so, to the high concentration of vehicles in limited areas in combination with fuels of very low quality. Lima, with 8 million inhabitants, had 67% of the total number of vehicles in the country in 1999. Peruvian gasoline has an enormous sulphur content – much higher than in any other Latin American country – and is not lead-free.

The general air quality situation in **Ecuador** is similar to that in Peru, but considerably less dramatic. The concentration of people, industries and vehicles is less pronounced, gasoline is of much better quality (lower sulphur content, and lead-free gasoline is available) and considerable work has been done on monitoring and controlling air pollution in the biggest cities.

Air quality in the main urban centres in **Colombia** has deteriorated due to human activities, reaching levels that are unacceptable under both national and international legislation and standards. Over the last few years, however, environmental authorities have been able to gain some control of the sources of pollution.

Water contamination

Throughout the entire Andean region, there is an enormous need to install water and sewage treatment plants. The only way to come to grips with this problem is to devise systems that ultimately charge the costs of installation, operation and maintenance to the consumers of water and producers of sewage (industries or households).

Bolivia comes 16th out of 180 countries with regard to availability of water resources. As regards water quality, however, it comes 67th out of 122; the urban population in general does not have good drinking water and the majority of the rural population consume unsafe water. Many of the rivers and lakes and also the groundwater close to the main cities are seriously contaminated by waste water, especially from industries. One of the principal sources of pollution in the country is the mining industry, which discharges acids and metallic and non-metallic ions. Copper, zinc, cadmium, chrome, lead, arsenic and mercury are among the most dangerous heavy metals.

Water pollution is also a serious problem in **Ecuador**, in both urban and rural areas. The country is particularly weak in treatment of urban waste water, from both industries and households. For instance, the small river that runs through the capital Quito has been biologically dead for decades. In purely rural areas, the most common situation is that waste water is discharged directly into streams without any treatment at all.

Water is one of the most polluted and degraded resources in **Peru** and all sectors contribute: households, industry, mining and agriculture. The principal contaminants are general sewage, petrol, toxic substances, minerals, chemical compounds and agrochemicals. Mining and fishing are the most worrying sectors from the point of view of water quality. Only 14% of all sewage in the country is treated properly. In addition, a considerable proportion of the solid waste is dumped directly into rivers, lakes and the sea. Regarding access to drinking water and sanitation in Peru, the figures available show that 88% of the urban and 34% of the rural population have access to clean drinking water, while the figures for sanitation are 89% for the urban and 31% for the rural population. The high concentration of people in mega-cities, but also in smaller cities, has resulted in difficulties in both the supply of clean drinking water and sanitation. This is mainly due to the lack of proper urban development planning and the pressing need to accommodate migrants from the inland parts of the country.

The situation in **Colombia** is similar to that in the other countries.

Solid waste management

Despite poverty and lower consumption levels than in industrialised countries, the Andean countries produce considerable amounts of solid waste: Peru some 5 million tonnes per year and Colombia 9 million tonnes a year. The extent and quality of the management of solid wastes are factors that vary considerably from one country to another, but much more so between big and small cities and rural areas in each of the countries.

Moves to reduce waste have been taken in big cities in Colombia, where there are large-scale recycling programmes on industrial premises. Capital cities and some other big cities have fairly good refuse collection and transfer systems. As regards final disposal, methods such as composting and incineration are seldom or never applied and wastes that are not recycled end up in open-air dumps and landfills. There are landfills in all the Andean capital cities, but that is all there is in the cases of Bolivia, Ecuador and Peru. Other cities in these countries have only open-air dumps, which pose significant health risks. Rural waste management in the Andean countries is extremely precarious, not to say non-existent. At best, in communities with certain concentrations of people, there are designated open-air dumps but hardly any organised refuse collection.

Efforts at public education have so far been limited and infrequent. Recently, however, Colombia has reported some good results following the introduction of environmental awareness education for schoolchildren (also covering the topic of waste management) and similar initiatives are being taken in Peru and Ecuador. As regards financing solid waste management, some cities in Bolivia, Colombia and Ecuador charge fees by adding percentages to utility bills (usually electricity bills). A number of studies have found that this system is highly efficient and, moreover, fair, because there is a relatively high correlation between the volume of waste generated and electricity (or water) consumption.

Climate change

The effects of climate change are now very visible in the Andes, particularly in the form of the melting of glaciers and noticeable changes in the traditional patterns of rainy and dry seasons. From Bolivia, Peru and Ecuador there are firm data on the retreat of glaciers. Ecuador's Antisana glacier, for instance, shrank from 21.2 km² in 1976 to 14.6 km² in 1997. One of the biggest glaciers in Bolivia, Chacalataña, is expected to disappear completely in 10 years' time. This phenomenon is very disturbing, not only from an aesthetic point of view but also because glaciers are important water reservoirs. Many irrigation systems are ultimately fed by glaciers which help to tide agriculture over the dry seasons.

In Bolivia desertification is progressing, from south to north, in the Lake Titicaca basin. Average annual rainfall is on the decrease. Increased solar radiation, through the depleted ozone layer, has become a real problem for inhabitants in La Paz.

The Andean countries themselves are not large producers of greenhouse gas emissions, nor have they entered into any commitment to reduce such emissions. Nevertheless, they have taken various kinds of action on this matter.

4. Environmental policy: legislative and institutional framework

Over the last few decades, the Andean countries, as well as the Andean Community as a regional entity, have made considerable progress on signing international conventions on environmental issues, on designing plans and strategies and on adopting laws and establishing institutions for environmental management and protection. However, environmental issues still rank relatively low on the regional and national political agendas when it comes to practical action. One common weakness is the limited allocation of budget resources to the Ministries of the Environment and equivalent institutions.

The first joint effort by the Andean Community countries in the area of the environment was the drafting and approval, in 2001, of the “Guidelines for environmental management and sustainable development in the Andean Community”.

In 2001 the CAN also drew up the Regional Biodiversity Strategy, approved by the Andean Council of Foreign Ministers in July 2002. At present, the Andean Committee of Environmental Authorities (CAAM) is in charge of preparing the corresponding Action Plan and project portfolio. The strategy includes a proposal to set up a Biodiversity Institute in Ecuador, which is to be in charge of planning and coordinating research between different institutions at national level. The office of the Andean Parliament in Quito is currently working on this. This undertaking depends on some degree of success in mobilising support from the international community.

In 2003 the Ministers of the Environment (and equivalents) approved the Andean Plan for Follow-up of the Johannesburg Summit on Sustainable Development. This plan defines specific action to be taken by 2005 on three priority themes: climate change; biodiversity; and water and sanitation.

In September 2004 the CAN signed a memorandum of understanding with the Amazon Cooperation Treaty Organisation (OTCA).

The Andean Community, the Andean Development Corporation (Corporación Andina de Fomento - CAF) and UNCTAD have jointly designed an Andean Bio-trade Programme with the aim of promoting investment and trade in products and services derived from biodiversity in accordance with sustainability criteria. All the Andean countries have their own national bio-trade programmes.

In September 2004 the Andean Council of Foreign Ministers approved an “Integrated Plan for Social Development” (PIDS), which includes the environment and sustainable development as one component. It contains one project profile for “Economic Assessment and Sustainable Use of Biodiversity” and another entitled “Programme for Sustainable Management of Water Resources”. One of the purposes of the Plan is to mobilise international support.

5. Environmental cooperation

As in other fields, sub-regional cooperation with the Andean Community in the field of environmental protection is not very developed. Apart from some isolated cooperation programmes such as the support from the UNEP in 2003 for drafting a report on the state of the environment and prospects for the future in the member states (GEOANDINO 2003) and support from the IADB and GTZ for development of a regional biodiversity strategy, very few

international donors have designated protection of the environment as a priority area for cooperation at sub-regional level. This is not surprising given that, generally speaking, very few international donors are cooperating with the Andean Community as a sub-regional entity and those that do so are concentrating mainly on economic cooperation.

6. Recommendations

RECOMMENDATION I. SUPPORT THE ESTABLISHMENT OF A REGIONAL FORUM AND NETWORK FOR SUSTAINABLE DEVELOPMENT

The forum and the network should be made up of the public institutions, private organisations and individuals who deal with the environment and sustainable development and who represent the “environmental conscience” of the CAN countries. The main tasks of the forum and the network would be:

- Promotion of research on sustainable development;
- Dissemination and exchange of information;
- Lobbying at political levels;
- Providing technical support to private and public institutions on sustainable development matters;
- Support for the design of educational curricula on sustainable development;
- Development and implementation of public awareness campaigns on sustainable development and environmental management.

RECOMMENDATION II. IN CONNECTION WITH RECOMMENDATION I, SUPPORT DEMONSTRATION PROJECTS ON LOCAL OR RURAL DEVELOPMENT

These projects should include the concept of productive conservation and, in general, put the emphasis on increased income for the population.

RECOMMENDATION III. SUPPORT EDUCATIONAL AUTHORITIES WITH THE DEVELOPMENT OF EDUCATIONAL CURRICULA CONTAINING SUSTAINABLE DEVELOPMENT COMPONENTS

The aim is to advocate and support changes in educational curricula to include modern concepts of sustainable development and environmental concerns at all levels, from primary school to university. The possibility of using national parks and nature reserves as an educational aid could be explored. The local environment should be used as a learning laboratory.

RECOMMENDATION IV. SUPPORT DECENTRALISATION AND PARTICIPATIVE DEMOCRACY BY STRENGTHENING INSTITUTIONS AT REGIONAL AND LOCAL LEVELS

Decentralisation plans and processes are under way in all the Andean countries, but they are mostly moving slowly and sometimes rather erratically. The operational aspects of environmental management should be handled at regional and local levels. There is a clear will in many provincial and municipal governments, and even at lower levels, to assume responsibilities for the environment even though the necessary technical capacity is not always in place. Support is needed for strengthening institutions at all levels, especially provincial and municipal, to the extent that increased capacity is necessary for an orderly transfer of environmental

responsibilities. The entire process of defining responsibilities and functions to be decentralised also needs technical assistance in many cases.

RECOMMENDATION V. SUPPORT THE ESTABLISHMENT OF PROCEDURES TO DEVELOP MORE USEFUL LAWS, REGULATIONS AND ENVIRONMENTAL STANDARDS

Assistance should be given to the General Secretariat of the Andean Community with establishment of better models and procedures for drafting and sharing environmental laws, regulations and similar instruments (a sort of environmental law “help-desk”).

RECOMMENDATION VI. SUPPORT EDUCATIONAL AND AWARENESS CAMPAIGNS ON ENVIRONMENTAL MATTERS FOR ADULTS AND THE GENERAL PUBLIC

This is an important extension of the formal education mentioned in recommendation III. At present environmental authorities in the Andean countries allocate very few resources and little effort to this kind of activity, the main reason being lack of funding. This recommendation is relevant not only to the poor segments of the population but also to the needs mentioned in connection with awareness and governance.

RECOMMENDATION VII. INTEGRATE PROJECTS ON POVERTY REDUCTION WITH PROJECTS ON SUSTAINABLE MANAGEMENT OF NATURAL RESOURCES

For quite some time poverty reduction programmes and projects have been an important component of international cooperation, as have environmental conservation projects. There are already examples of integration of these two areas but a more conscious effort should be made in this direction.

RECOMMENDATION VIII. SUPPORT RIVER BASIN MANAGEMENT PROGRAMMES

The aim is to work with river basins as areas of operation. A large number of the Andean river (and lake) basins are bi-national. Some major initiatives have already been launched on bi-national basin management (e.g. the Lake Titicaca Bi-national Authority and the Ecuadorean-Peruvian Catamayo-Chira project). In addition to their direct environmental and economic effect, these projects should be important for strengthening regional integration in general. Many river basins require working with one Andean country and one or more “non-Andean” countries (e.g. Brazil).

RECOMMENDATION IX. SUPPORT INVOLVEMENT OF LOCAL POPULATIONS AND APPLICATION OF A PRODUCTIVE CONSERVATION APPROACH IN PROTECTED AREAS

Many “protected” areas in the Andean countries which in reality are unprotected due to lack of resources would be in a better position if local populations were to become involved as active supervisors and, at the same time, users of certain resources in such areas. Combined with application of their traditional knowledge of herbal medicines, use of non-wood products, etc., this approach could be very important both for conservation of biodiversity and for bio-trade and eco-tourism.

RECOMMENDATION X.**SUPPORT ESTABLISHMENT OF MULTI-PURPOSE ENVIRONMENTAL INFORMATION SYSTEM(S)**

The existing databases and information systems are insufficient and uncoordinated, which makes it difficult to identify problems and priorities and to analyse risks and prevent disasters. Introduction of a comprehensive Geographical Information System would be a great help in resource management and a valuable tool for generating and providing information to the public. Such a system could preferably be set up at Andean Community level rather than on a country-by-country basis.